



2012

Bericht über das Geschäftsjahr

Bericht über das Geschäftsjahr 2012

Lagebericht	5
Bericht des Verwaltungsrates	30
Jahresabschluss 2012	32
Gewinn- und Verlustrechnung	36
Anhang zum Jahresabschluss	38
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	56

1. Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen

Mit einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 0,7% war die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in 2012 besser als im europäischen Durchschnitt. Aus der noch ungelösten Staatsschuldenkrise und den damit einhergehenden Konsolidierungsanstrengungen der Euroländer entstand eine europaweite wirtschaftliche Verunsicherung, welche sich insbesondere im zweiten Halbjahr 2012 negativ auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland auswirkte. Rezessive Tendenzen der Euroländer haben sich letztendlich nicht vollständig auf die deutsche Wirtschaft übertragen. Konjunkturelle Impulse aus dem Inland lieferten die steigenden staatlichen und privaten Konsumausgaben. Ursächlich für das gegenüber 2011 schwächere Wirtschaftswachstum war jedoch eine aufgrund der wirtschaftlichen Unsicherheit geringere Investitionstätigkeit sowie der Abbau von Vorräten der Unternehmen. Sachsen verzeichnete 2012 eine Stagnation der Wirtschaftsleistung, was gegenüber dem Vorjahr maßgeblich auf niedrigere Exporte in die Länder der Eurozone sowie einen Umsatzrückgang in der Automobil- und Zulieferindustrie zurückzuführen ist. Für die sächsischen Unternehmen waren auch 2012 die wirtschaftlichen Beziehungen in die Nachbarstaaten des Freistaates von großer Bedeutung, so ist zum Beispiel die Tschechische Republik größter Außenhandelspartner des Freistaates. Rückläufigen Produktionszahlen des verarbeitenden Gewerbes standen ein höherer Umsatz im Einzelhandel sowie ein stärkerer Dienstleistungssektor gegenüber.

Im Dezember 2012 lag die Arbeitslosenquote in Sachsen mit 9,4% erneut unter dem Vorjahreswert, befindet sich damit aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Trotz der abnehmenden Zahl der Erwerbsfähigen stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse auf über 1,45 Mio. an. Zusammen mit dem Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit nach SGB II

auf 7,1% ist ein grundsätzlich positiver Arbeitsmarkttrend feststellbar.

Strukturell entwickelt sich der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland und Sachsen gut, was sich insbesondere an den rückläufigen Anteilen staatlich geförderter, kurzfristiger und ausschließlich geringfügig entlohnter Beschäftigungsverhältnisse zeigt. Chemnitz ist aufgrund der lokalen Wirtschaftsstruktur die einkommensstärkste kreisfreie Stadt Sachsens, wobei das verfügbare Einkommen der Haushalte weiterhin ca. 12% unter dem Durchschnitt der Bundesrepublik liegt.

Herausfordernde demografische Entwicklungen in Sachsen, wie das steigende Durchschnittsalter, die sinkende Zahl der Erwerbsfähigen sowie ein hoher Sterbeüberschuss, greifen bereits auf den Arbeitsmarkt in Sachsen durch und zeichnen einen bundesweit erst noch zu erwartenden Anpassungsbedarf vor. Ein positiver Wanderungssaldo des Freistaates Sachsen gegenüber dem Bundesgebiet und den europäischen Staaten konnte auch 2012 den demografischen Negativtrend nicht vollständig ausgleichen.

2. Geschäftsentwicklung

2.1 Allgemein

Im Berichtsjahr betrug das Neugeschäftsvolumen der SAB 1.670,4 Mio. € und lag damit nur knapp unter dem Vorjahresniveau (1.674,9 Mio. €), aber über Planvolumen (1.607,1 Mio. €). Die Qualität des Neugeschäfts entsprach den Vorgaben der Risikostrategie und trug zur Stärkung der Risikotragfähigkeit bei.

Die SAB vergab im Berichtsjahr Mittel in Höhe von 467,8 Mio. € in Form von Darlehen und 1.196,4 Mio. € in Form von Zuschüssen. Außerdem übernahm die Bank Bürgschaften in Höhe von 6,2 Mio. €.

Die in 2012 vergebenen Zuschüsse lagen fast auf Vorjahresniveau (-5,8 Mio. €), wobei insbesondere das gestiegene Volumen im Bereich Wirtschaft

(+139,2 Mio. €) das geringere Volumen in den Bereichen Infrastruktur und Städtebau (-69,7 Mio. €) und Umwelt und Landwirtschaft (-81,1 Mio. €) kompensierte.

2012 wurden 4,4 Mio. € mehr Darlehen ausgereicht als im Vorjahr. Der weitere Rückgang der Darlehensvergabe in den Bereichen Wohnungsbau sowie Infrastruktur und Städtebau wurde insbesondere durch Steigerungen in den Bereichen Wirtschaft sowie Umwelt und Landwirtschaft ausgeglichen. Die SAB bewilligte im Berichtsjahr 27.780 Anträge. Dies entspricht einem Anstieg um 8,5 % gegenüber dem Vorjahr (25.601).

In 2012 traf die Bank inklusive aller Verwendungsnachweisprüfungen 50.551 Förderentscheidungen (Vorjahr: 45.528).

2.2 Beteiligungen

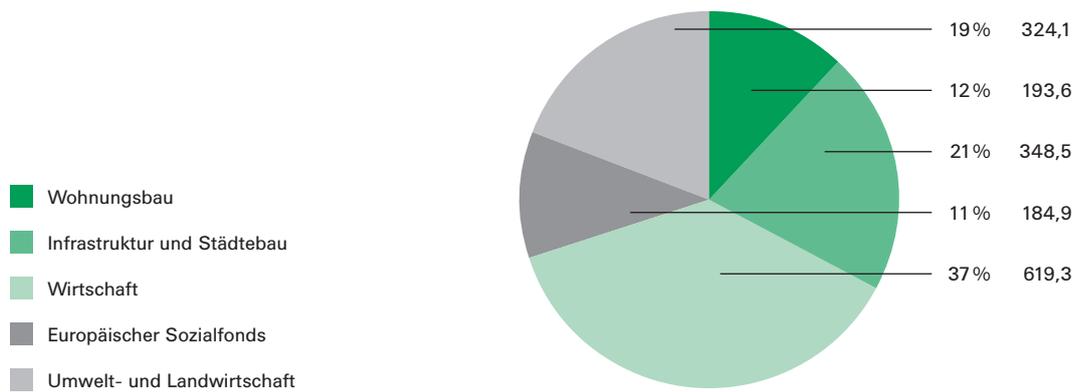
Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – ist im Rahmen ihres Förderauftrags an folgenden Unternehmen mit einem Anteil von mehr als 20% beteiligt:

- ▶ Die SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH unterstützt Unternehmen bei deren Wachstums- und Turnaround-Vorhaben mit stillen und offenen Beteiligungen.

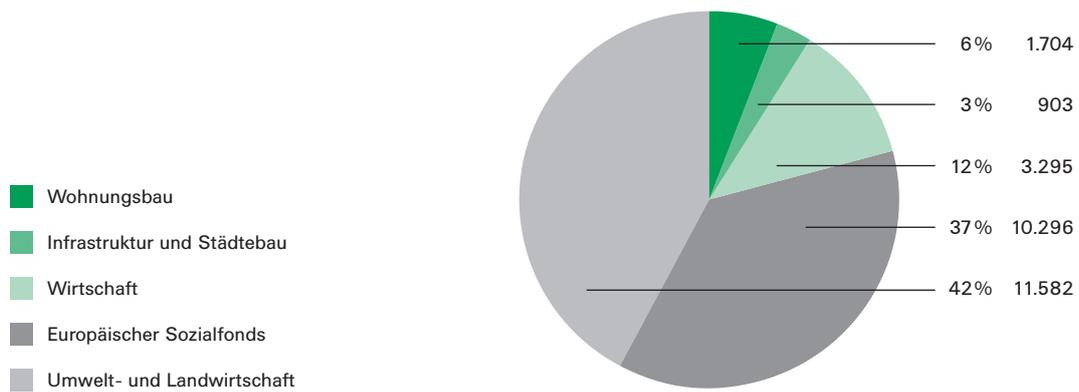
SAB und SBG bilden zusammen die SAB-Gruppe.

- ▶ Mit der Beteiligung der SAB an der Sächsisches Staatsweingut GmbH und deren Tochtergesellschaften, der Wein- und Sektkontor Radebeul GmbH und der Sektkellerei Wackerbarth GmbH, unterstützt die Bank den Freistaat Sachsen bei der Erhaltung der sächsischen Weinkulturlandschaft.
- ▶ Die Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH ist mit der Planung, Vorbereitung und Durchführung der Aktivitäten von „futureSAX – Gründen und Wachsen durch Innovation“ und den damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen beauftragt. Damit wird innovativen Unternehmen eine Plattform zum Austausch, zur Kooperation und zur Umsetzung von Wachstumsvorhaben geboten.
- ▶ Die Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH berät mit technischer Fachkompetenz kleine und mittlere Unternehmen, private Haushalte, die öffentliche Verwaltung und Bildungsträger über Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und zum Einsatz erneuerbarer Energien.

Neugeschäftsverteilung 2012 nach Förderbereichen (in Mio. €)



Bewilligte Anträge 2012 nach Förderbereichen (Stückzahl)



3. Ertragslage

Die wesentlichen Ertrags- und Aufwandskomponenten haben sich wie folgt entwickelt:

	2012 (Mio. €)	2011 (Mio. €)
Zinsergebnis	86,0	78,8
Provisionsergebnis	30,0	56,4
Ordentliche Aufwendungen, davon:	-96,7	-82,8
- Personalaufwand	-58,9	-54,2
- Sachaufwand (inkl. Absetzung für Abnutzung)	-37,8	-28,6
Sonstiges Ergebnis	1,8	1,9
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	21,1	54,3
Neutrales Ergebnis	19,0	3,9
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0
Bewertungsergebnis	19,0	12,2
Bildung von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB	-58,0	-9,0
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	0,0	-60,0
Jahresergebnis	1,1	1,4

Das Zinsergebnis stieg im Vergleich zum Vorjahresniveau um 7,2 Mio. €. Durch das weiterhin niedrige Zinsniveau sanken die Zinserträge. Dies konnte jedoch aufgrund geringerer Refinanzierungskosten kompensiert werden.

Das Provisionsergebnis verringerte sich hauptsächlich aufgrund einer Rechnungsabgrenzung für Programme des Förderzeitraums 2007 bis 2013 in Höhe von 20 Mio. € deutlich.

Der Personalaufwand stieg weiter an. Neben erhöhten Aufwendungen durch den Tarifabschluss sowie die Sollstellenbewertung beeinflusste vor allem der weiterhin erhöhte Personalbedarf aufgrund des Projektes „Erneuerung der DV-Unterstützung“ die Personalkosten. Das Projekt hatte auch Auswirkungen auf den Sachaufwand, welcher ebenfalls gegenüber dem Vorjahr anstieg.

Die Position „Sonstiges Ergebnis“ beinhaltet sonstige betriebliche Erträge (2,9 Mio. €) und sonstige betriebliche Aufwendungen (1,1 Mio. €).

Das neutrale Ergebnis setzt sich insbesondere aus Erträgen aus der Auflösung von nicht mehr benötigten Rechnungsabgrenzungsposten (17,8 Mio. €) und Rückstellungen (0,8 Mio. €) zusammen.

Aufgrund von Rückflüssen aus dem Kreditgeschäft konnte die erforderliche Risikovorsorge insgesamt um 18,2 Mio. € reduziert werden. Im Berichtsjahr wurden der Vorsorgereserve für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB 58,0 Mio. € zugeführt.

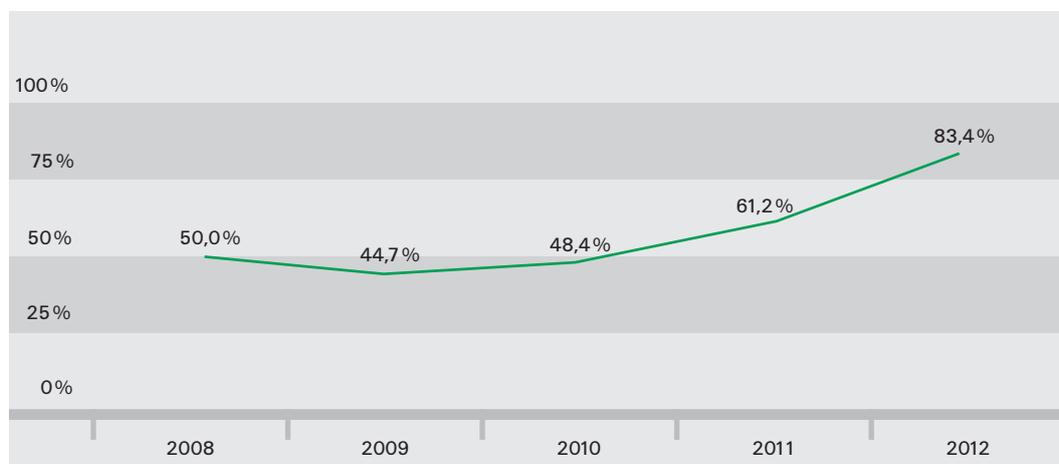
Das Jahresergebnis beträgt 1,1 Mio. €. Der Betrag wird in Höhe von 0,2 Mio. € den satzungsmäßigen Rücklagen sowie in Höhe von 0,9 Mio. € den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

Die Cost-Income-Ratio, d.h. das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis, liegt bei 83,4%. Der Anstieg zum Vorjahr resultiert aus dem deutlichen Rückgang des Provisionsergebnisses bei gleichzeitig

gestiegenen ordentlichen Aufwendungen. Die erhöhten Aufwendungen resultieren wesentlich aus

dem bankweiten Projekt „Erneuerung der DV-Unterstützung“.

Entwicklung der Cost-Income-Ratio



4. Finanz- und Vermögenslage

Die Bilanzsumme der SAB belief sich zum 31. Dezember 2012 auf 8.872,0 Mio. € (Vorjahr: 9.489,9 Mio. €). Die Reduzierung um 617,9 Mio. € resultiert aktivisch im Wesentlichen aus niedrigeren Forderungen an Kreditinstitute sowie geringeren Forderungen an Kunden. Auf der Passivseite verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 434,3 Mio. € und die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 202,6 Mio. €. Die Forderungen an Kreditinstitute sanken um 320,9 Mio. € auf 1.224,5 Mio. € (Vorjahr: 1.545,4 Mio. €). Die Forderungen an Kunden gingen um 314,2 Mio. € auf 6.300,1 Mio. € (Vorjahr: 6.614,3 Mio. €) zurück. Die SAB hat Wertpapiere im Gesamtvolumen von 1.031,2 Mio. € im Bestand, was einem Rückgang von 19,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr entspricht.

2012 hat die Bank Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von 9,6 Mio. € getätigt, davon sind 4,8 Mio. € für immaterielle Vermögensgegenstände aufgewendet worden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 6.052,9 Mio. € (Vorjahr: 6.487,2 Mio. €) setzten sich hauptsächlich aus

Refinanzierungsdarlehen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe und der Europäischen Investitionsbank zusammen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden belaufen sich auf 1.650,5 Mio. € (Vorjahr: 1.853,1 Mio. €) und resultieren aus der Mittelaufnahme auf dem Kapitalmarkt in Form von Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen, aus Tages- und Termingeldaufnahmen sowie aus bewilligten und noch nicht ausgezahlten Fördermitteln. Der Bestand an ausschließlich zu Sicherungszwecken getätigten Derivategeschäften betrug zum Stichtag nominal 4.386,0 Mio. €. Das Stammkapital der Bank beträgt 500,0 Mio. €. Das haftende Eigenkapital gemäß Solvabilitätsverordnung wird nach Feststellung des Jahresabschlusses per 31. Dezember 2012 bei 946,9 Mio. € liegen.

Die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sind geordnet. Die Zahlungsfähigkeit ist jederzeit gegeben. Die SAB gehört der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH sowie dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. an.

5. Personalbericht

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – beschäftigte am 31. Dezember 2012 insgesamt 1.036 Mitarbeiter (Vorjahr: 1.018) sowie 3 Vorstandsmitglieder (Vorjahr: 3). 251 Mitarbeiter (Vorjahr: 247) waren mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen angestellt. Darüber hinaus wurden

zum Jahresende 121 Leiharbeitnehmer (Vorjahr: 91) und keine Aushilfen (Vorjahr: 0) beschäftigt. Auf Vollbeschäftigteneinheiten umgerechnet betrug die Personalkapazität am Jahresende 960,5 (Vorjahr: 919,1).

Die Personalstruktur der Bank stellte sich zum Stichtag wie folgt dar:

	Weibliche Personen	Männliche Personen		Gesamt
Unter 30 Jahre	82	42	124	12,0%
30 bis 39 Jahre	207	136	343	33,1%
40 bis 49 Jahre	239	105	344	33,2%
50 bis 59 Jahre	151	49	200	19,3%
Über 60 Jahre	20	5	25	2,4%
Alle Altersklassen	699	337	1.036	100,0%

Der Altersdurchschnitt der Mitarbeiter lag zum Jahresende bei 41,2 Jahren, was einer Erhöhung um 0,3 Jahre innerhalb der letzten fünf Jahre entspricht. Der Anteil der Frauen an der gesamten Zahl der Mitarbeiter beträgt 67,5 % (Vorjahr: 68,0 %).

In 2012 stellte die Bank 131 Mitarbeiter neu ein (Vorjahr: 159). 111 Mitarbeiter verließen die SAB (Vorjahr: 100). Die Fluktuation resultiert aus der Befristung von Arbeitsverhältnissen.

Die SAB beschäftigte am Jahresende 41 Schwerbehinderte und Schwerbehinderten Gleichgestellte (Vorjahr: 45). Bei Neueinstellungen werden bei gleicher Eignung schwerbehinderte Bewerber bevorzugt berücksichtigt.

Die Bank ermöglichte 159 Mitarbeitern (Vorjahr: 160) die Arbeit in Teilzeit (ohne Altersteilzeit), um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Darüber hinaus befanden sich zum Jahresende 50 Mitarbeiter (Vorjahr: 35) in Mutterschutz, Elternzeit oder sonstigen Freistellungen sowie 16 Mitarbeiter (Vorjahr: 17) in der Ruhephase der Altersteilzeit.

Um kurzfristig auf Veränderungen der Auftragslage reagieren zu können, setzt die SAB auf den flexiblen Einsatz von Arbeitskräften (zeitliche Befristungen, Leiharbeitnehmer), Altersteilzeitrege-

lungen sowie interne Umsetzungen. Betriebsbedingte Kündigungen wurden nicht vorgenommen. Als ordentliches Mitglied des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands wendet die SAB die Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken an. Die tarifliche Eingruppierung der Mitarbeiter erfolgt auf Grundlage der §§ 6 bis 8 des Manteltarifvertrages sowie des Gehaltstarifvertrages. Darüber hinaus wurde die Dienstvereinbarung „Umsetzungsrichtlinie zur Eingruppierung in der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –“ abgeschlossen, um die Eingruppierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend der maßgeblichen und bindenden Regelungen der Tarifverträge einheitlich und tarifgerecht im Unternehmen umzusetzen.

Die Vergütung der außer- (AT) und übertariflichen (ÜT) Mitarbeiter wird individuell vom Vorstand festgelegt. AT- und ÜT-Vergütungen werden für Führungskräfte ab Gruppenleitererebene sowie für einzelne herausgehobene (Spezialisten-) Tätigkeiten gewährt und im Zusammenhang mit tariflichen Vergütungsanpassungen regelmäßig einer Prüfung unterzogen. Die Untergrenze der AT- und ÜT-Vergütungen weist einen angemessenen Abstand zur höchstmöglichen Tarifvergütung auf. Es wurden 925 Mitarbeiter (Vorjahr: 909) tariflich

und 111 Mitarbeiter (Vorjahr: 109) außer- bzw. übertariflich vergütet.

Die Mitarbeiter der SAB werden angemessen vergütet, sodass ausreichend qualifiziertes Personal gefunden und gehalten wird. Über das Festgehalt hinaus werden keine leistungsabhängigen Arbeitsentgelte gewährt, um Fehlanreize zu vermeiden. Insbesondere volumen- und ertragsabhängige Anreizsysteme sowie variable Vergütungsbestandteile und vertragliche Abfindungsregelungen, deren Ausgestaltung den in der Risikostrategie beschriebenen Zielen widerspricht, werden in der Bank nicht angewendet. Ein Vergütungsausschuss muss daher nicht eingerichtet werden.

Die Summe aller fixen Vergütungen (inkl. Leiharbeiternehmer) beträgt 52.518,9 T€ (Vorjahr: 47.757,6 T€).

Im Berichtsjahr hat die Bank mit 9 Mitarbeitern (Vorjahr: 1) eine Altersteilzeitvereinbarung geschlossen. Insgesamt befanden sich am Jahresende 36 Mitarbeiter (Vorjahr: 36) in Altersteilzeit. Die SAB bietet Altersteilzeit in Form von Individualverträgen auf der Grundlage des Altersteilzeit-Tarifvertrages an.

Die SAB bietet einem Teil ihrer Mitarbeiter eine ausschließlich vom Arbeitgeber finanzierte betriebliche Altersversorgung an. Mit Wirkung zum 1. Januar 2011 wurde die Versorgungsordnung der betrieblichen Altersversorgung an die Leistungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder angepasst (VO 1997 neu). Das Vermögen der Unterstützungskasse der Sächsischen Aufbaubank GmbH e.V. belief sich zum Stichtag auf 18.341,1 T€ (Vorjahr: 16.332,3 T€). Es umfasste zum Stichtag 406 (Vorjahr: 406) Anspruchsberechtigte, davon 319 Pensionsanwärter (Vorjahr: 326), 14 ausgeschiedene Pensionsanwärter (Vorjahr: 13) und 73 Pensionsempfänger (Vorjahr: 67).

Seit dem 1. Januar 2011 gibt es für alle bisher nicht versorgten Mitarbeiter der SAB und für alle zukünftigen Neuzugänge eine neue beitragsorientierte betriebliche Altersversorgung (VO 2011), die 4% der versorgungsfähigen Bezüge beträgt. Der Mitarbeiter und die SAB beteiligen sich jeweils mit 2% der versorgungsfähigen Bezüge. Die Teilnahme an dieser betrieblichen Altersversorgung ist freiwillig und eine Leistung der

SAB setzt immer eine Leistung des Mitarbeiters voraus. Die Abwicklung dieser Versorgung erfolgt mittels Rückdeckungsversicherungen bei der Sparkassen-Versicherung Sachsen über die Unterstützungskasse der Sächsischen Aufbaubank GmbH e.V. Bis zum Stichtag beteiligten sich 323 Mitarbeiter (Vorjahr: 317) an der neuen beitragsorientierten betrieblichen Altersversorgung. Außerdem können die Mitarbeiter über die Direktversicherung oder Pensionskasse Altersvorsorgeverträge (arbeitnehmerfinanziert) abschließen. In 2012 nahmen 806 Mitarbeiter (Vorjahr: 977) an 245 (Vorjahr: 195) externen und 94 (Vorjahr: 180) internen Weiterbildungsmaßnahmen teil. Es handelte sich um ein- oder mehrtägige Seminare, Trainings und Workshops mit den inhaltlichen Schwerpunkten EU-Förderregularien, Verwaltungsrecht und Kredit.

Im Berichtsjahr gab die SAB fünf Studenten die Möglichkeit, eine praktische Ausbildung in den Fachrichtungen Wirtschaftsinformatik oder Bankwirtschaft im Rahmen ihres betriebswirtschaftlichen Studiums an der Berufsakademie Sachsen aufzunehmen. Insgesamt befanden sich am Jahresende zwölf Studenten in einem Ausbildungsverhältnis mit der SAB. Im letzten Jahr schlossen fünf Studenten diese Ausbildung ab, von denen vier durch die Bank befristet übernommen wurden. Die praktische Ausbildung der Fachrichtung Bankwirtschaft erfolgt im Verbund mit der Ost-sächsischen Sparkasse Dresden.

6. Nachhaltigkeitsbericht

Als zentrales Förderinstitut des Freistaates Sachsen ist sich die SAB ihrer besonderen Verantwortung für die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebens- und Wirtschaftsbedingungen in Sachsen bewusst. Die SAB will einen wesentlichen Beitrag für eine wirtschaftlich stabile, ökologisch und sozial gerechte Gesellschaft leisten und bekennt sich in diesem Sinne zu einer nachhaltigen Ausrichtung ihrer Geschäftstätigkeit. Nachhaltigkeit ist als strategisches Ziel seit 2012 Teil der Geschäftsstrategie.

Die SAB hält alle Unternehmensteile dazu an, Nachhaltigkeitsaspekte inhaltlich und organisatorisch in ihre Arbeitsfelder zu integrieren. Im Berichtsjahr

wurden verschiedene Projekte zur Unterstützung einer ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Ausrichtung der Geschäftstätigkeit der Bank angestoßen. Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurden bspw. Belegrechte für Mitarbeiterkinder in zwei Kindertageseinrichtungen erworben. Der CO₂-Ausstoß des SAB-Fuhrparks konnte durch die Anschaffung und Nutzung von verbesserten Antriebstechnologien in 2012 optimiert werden. Im Hinblick auf das Erschließen weiterer Handlungsfelder in den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit wurde im Dezember des Berichtsjahres beschlossen, künftig einen Nachhaltigkeitsbericht vorzulegen.

7. Nachtragsbericht

In einer außerordentlichen Sitzung wurde am 18. Februar 2013 der Verwaltungsrat der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – über das Ergebnis des Projektreviews des bankweiten Projektes „Erneuerung der DV-Unterstützung“ informiert. Der Verwaltungsrat hat die Änderungen des Projektplanes zur Kenntnis genommen und das erhöhte Projektbudget sowie die daraus folgende Änderung des Wirtschaftsplanes 2013 genehmigt.

Nach Schluss des Geschäftsjahres am 31. Dezember 2012 haben sich darüber hinaus keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

8. Risikobericht

Die SAB ist ein Kreditinstitut im Sinne des § 1 Abs. 1 KWG. Sie unterliegt den bankaufsichtsrechtlichen Normen und damit den Anforderungen an ein angemessenes Risikomanagement im Sinne des § 25a Abs. 1 KWG sowie den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Darüber hinaus hat sie handels-, förder- und haushaltsrechtliche Regelungen zu beachten.

Die SAB übt dabei das Bankgeschäft nicht in allen seinen Formen aus. Die Tätigkeit der Bank wird vielmehr vom Förderauftrag des Freistaates bestimmt, was sich entsprechend in der Risikostuktur der Bank widerspiegelt. Im Rahmen ihrer durch die Satzung begrenzten Geschäftstätigkeit

übernimmt sie Risiken, die gering diversifiziert sind. Das Kreditportfolio der SAB weist – förderbanktypisch – sektorale und einzelkreditnehmerbezogene Konzentrationen auf. Im Gegenzug ist die Bank vom Freistaat Sachsen mit Anstaltslast und Gewährträgerhaftung ausgestattet. Außerdem haftet der Freistaat Sachsen für die von der Bank aufgenommenen Darlehen und die von der Bank begebenen Schuldverschreibungen, die als Festgeschäfte ausgestalteten Termingeschäfte, die Rechte aus Optionen und andere Kredite an die Bank sowie für Kredite, soweit sie von der SAB ausdrücklich gewährleistet werden.

8.1 Organisation des Risikomanagements

Das Risikomanagement der SAB umfasst die Festlegung von Strategien und Verfahren zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, die Einrichtung eines internen Kontrollsystems sowie abgestimmter Verfahren zur Risikomessung und -steuerung. Die Compliance-Funktion sowie die Interne Revision sind ebenfalls wesentliche Bestandteile des Risikomanagements der Bank.

Das Risikomanagement- und -controllingsystem ist fest in die betrieblichen Abläufe der Bank integriert. Ziel der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation ist es, wesentliche Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise darzustellen und zu steuern. Wesentliche Grundlage hierfür ist die aus der Geschäftsstrategie abgeleitete Risikostrategie.

Die Steuerungs- und Controllingprozesse werden in jährliche (strategische) und unterjährige (operative) Prozesse gegliedert. Zu den strategischen Prozessen zählen neben der Aufstellung und Überprüfung der Geschäfts- und Risikostrategie die Risikoinventur zur Identifizierung und Beurteilung der Risiken sowie die Risikotragfähigkeitskonzeption. Die operativen Prozesse umfassen die regelmäßige qualitative sowie quantitative Bewertung und (soweit erforderlich) Limitierung der Risiken, die turnusmäßige und die unter Risikogesichtspunkten (ad hoc) erfolgende Berichterstattung sowie die Steuerung der Risiken einschließlich der Überwachung von Maßnahmen. Daneben erfolgt die regelmäßige Evaluation der zur Bewertung von Risiken eingesetzten Instrumente einschließ-

lich der mit ihnen ermittelten Risikowerte. Das zentrale Dokument des Risikomanagements der SAB ist das Risikohandbuch. Darüber hinaus gelten weitere Arbeitsanordnungen und Fachhandbücher der im Intranet der SAB eingestellten Schriftlich Fixierten Ordnung.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Steuerung aller Risiken der Bank. Er ist verantwortlich für das Risikomanagement- und -controllingsystem, das dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte der SAB unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit Rechnung trägt. Das schließt die regelmäßige Überprüfung und fortlaufende Weiterentwicklung des Systems ein. Der Vorstand gibt die Ziele, Strategien und internen Kontrollverfahren für das Risikomanagement vor.

Der Informationsfluss zwischen dem Vorstand und der zweiten Führungsebene erfolgt u.a. im Rahmen des Risikoausschusses. In diesem Ausschuss werden regelmäßig vom Vorstand sowie den Leitern der Abteilungen Risikomanagement und Controlling, Rechnungswesen und Bilanzen, Treasury, Organisation und Prozessgestaltung, Grundsatz und Recht, Vorstandsstab sowie Innenrevision die für die Bank relevanten Risiken analysiert und bewertet.

Die Aufbauorganisation der Bank ist entsprechend den spezifischen Aufgaben der SAB in die Bereiche Markt und Marktfolge (inklusive Risikoüberwachung) gegliedert. Im Rahmen der Ablauforganisation sind alle Prozesse mit einem ihrer Risikorelevanz angemessenen Detaillierungsgrad geregelt.

Die Aufgaben des Risikocontrollings werden von der Abteilung Risikomanagement und Controlling wahrgenommen. Diese Abteilung hat insbesondere die Funktion, den Vorstand und die Abteilungen der Bank bei der Identifizierung und Steuerung der auf die Bank wirkenden Risiken zu unterstützen. Darüber hinaus umfassen ihre Aufgaben die Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie, die Entwicklung und Pflege eines Systems zur Begrenzung der Risiken sowie die Durchführung der Risikoinventur und Erstellung eines Gesamtrisikoprofils der SAB-Gruppe. Zu den Aufgaben gehören auch die Weiterentwicklung des bestehenden

Risikosteuerungs- und -controllingprozesses, des Risikofrüherkennungsverfahrens, die laufende Überwachung der Risikosituation und der Risikotragfähigkeit sowie der Einhaltung der eingerichteten Risikolimits. Dabei werden die zur Bewertung von Risiken eingesetzten Instrumente regelmäßig auf deren Angemessen- und Geeignetheit hin überprüft. Dies beinhaltet auch eine Beurteilung der Angemessenheit der ermittelten Risikowerte. Die Überprüfung wird grundsätzlich unter Beachtung der Einsatzhäufigkeit der Instrumente durchgeführt.

Die Innenrevision prüft und beurteilt risikoorientiert sowie prozessunabhängig im Auftrag des Vorstands die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie die Ordnungsmäßigkeit aller wesentlichen Aktivitäten und Prozesse der SAB. Sie ist dem Vorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig. Die Innenrevision nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr und unterliegt bei der Bewertung der Prüfungsergebnisse und bei der Berichterstattung keinen Weisungen.

8.2 Verfahren der Eigenkapitalberechnung

Die SAB-Gruppe verwendet für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für Adressenausfallrisiken den Kreditrisiko-Standardansatz (KSA). Die Eigenkapitalanforderungen für operationelle Risiken werden nach dem Basisindikatoransatz ermittelt. Die SAB ist ein Nichthandelsbuchinstitut nach §1a KWG. Rohwarenpositionen werden nicht gehalten. Die SAB-Gruppe führt keine Verbriefungstransaktionen aus. Die Eigenkapitalanforderungen für Marktrisiken aus der Währungsgesamtposition werden nach dem Standardansatz ermittelt. Interne Modelle kommen im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalberechnung nicht zum Einsatz.

8.3 Strategieprozess

Die SAB verfügt über einen eingerichteten und den Anforderungen der MaRisk entsprechenden Strategieprozess. Damit wird eine strukturierte Auseinandersetzung mit der Festlegung strategischer Ziele sowie mit ihrer Umsetzung, Beurteilung und Anpassung gewährleistet. Hierbei werden die

wesentlichen Einflussfaktoren auf die Ziele des Instituts berücksichtigt und ein kritischer Soll-Ist-Vergleich einschließlich Ursachenanalyse angestellt. Ein Kernpunkt des Prozesses ist dabei die jährlich durchgeführte Risikoinventur. Die Ergebnisse dieser sowie die ermittelte Risikotragfähigkeit sind wesentliche Grundlage für die Gesamtbanksteuerung und fließen in die Überprüfung und Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der daraus abgeleiteten Risikostrategie der SAB ein. In der Geschäftsstrategie legt der Vorstand Zielgrößen hinsichtlich der Förderfähigkeit, der Ertragskraft – mittels Zins- und Provisionsziel – sowie der erwarteten Kosten fest. Daneben bildet die Geschäftsstrategie den Rahmen für das Treasurygeschäft der Bank. Die Strategie umfasst auch Aussagen zur personellen und technisch-organisatorischen Ausstattung.

Im Rahmen der Risikostrategie werden alle wesentlichen auf die Bank wirkenden Risiken innerhalb des Bankbetriebes aufgezeigt und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit Vorgaben zu deren Steuerung und Entwicklung festgelegt. Die Risikostrategie orientiert sich an den Förderbereichen der Bank und umfasst mindestens die Aspekte Volumen und Qualität.

Die Risikostrategie betrachtet auch das Treasury- und das Beteiligungsportfolio.

Geschäfts- und Risikostrategie werden regelmäßig jährlich und ggf. anlassbezogen überprüft, vom Vorstand beschlossen und mit dem Verwaltungsrat erörtert.

8.4 Risikotragfähigkeit

Die SAB verfolgt in ihrem Risikotragfähigkeitskonzept einen Going-Concern-Ansatz. Ziel ist es, die wesentlichen Risiken – mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos, da dieses nicht sinnvoll mit Eigenkapital untersetzt werden kann – durch das Risikodeckungspotenzial laufend abzudecken und die Risikotragfähigkeit der SAB zu erhalten. Das Risikodeckungspotenzial setzt sich aus dem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, offenen Rücklagen, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie dem gezeichneten Kapital und sonstigem Ergänzungs- oder Nachrangkapital zusammen. Die Risikodeckungsmasse wird vor allem durch die Adressenausfallrisiken ausgelastet. Ein Teil wird zur Deckung der Marktpreisrisiken, operationeller Risiken und des Geschäftsrisikos benötigt. Darüber hinaus steht noch Risikodeckungsmasse für die Abdeckung unerwarteter Verluste zur Verfügung. Die Überwachung der Risikotragfähigkeit erfolgt ertrags- und kapitalbezogen.

Die Risikodeckungsmasse stellt sich zum Stichtag 31. Dezember 2012 wie folgt dar:

in Mio. €	Wert der Risikodeckungsmasse	Belegung durch aufsichtsrechtliche Eigenmittelanforderungen (Basel III: 8,0% + 2,5% + 2,5%)	Verbleibender Wert der Risikodeckungsmasse für die Risikotragfähigkeit
Primär (Ertrag)	59		59
Sekundär (Reserven)	199	391	199
Tertiär (Kapital)	677		286
Gesamt	935		544

Die Risikotragfähigkeit der SAB ist gegeben. Bei der Ertragsbetrachtung wurde die durch das Betriebsergebnis 2012 definierte primäre Risikodeckungsmasse nur in geringem Umfang durch die eingetretenen Risiken belegt. Auch bei Ansatz der Mindesteigenkapitalanforderungen nach Basel III (8%) zuzüglich des Kapital-

erhaltungspuffers (2,5%) und des antizyklischen Puffers (2,5%) ist die Risikotragfähigkeit gegeben. Die Eigenkapitalquote nach Solvabilitätsverordnung liegt nennenswert über der bisher aufsichtsrechtlich geforderten Größe von 8%. Ferner besteht eine Bürgschaft des Freistaates Sachsen. Hierbei handelt es sich um die Einräu-

mung eines Bürgschaftsrahmens von ursprünglich 250,0 Mio. €. Dieser war zum 31. Dezember 2012 in Höhe von 122,2 Mio. € mit Engagements belegt (Vorjahr: 133,1 Mio. €). Der Freistaat unterstützt damit die SAB, da die Konzentration des Adressenausfallrisikos im Kreditportfolio auf die sächsische Wohnungswirtschaft überwiegend aus der Umsetzung des Förderauftrages resultiert.

Die wesentlichen Risiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsermittlung regelmäßigen Stresstests unterzogen. Darüber hinaus werden mindestens jährlich ergänzende Stresstests, die außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse abbilden, sowie inverse Stresstests durchgeführt. Sie berücksichtigen geeignete historische und hypothetische Szenarien. Änderungen der Annahmen werden dem Vorstand im Rahmen des Risikoausschusses vorgestellt. Die Ergebnisse der Stresstests werden bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit angemessen berücksichtigt.

Die regelmäßigen Stresstests im Bereich Adressenausfallrisiko erfolgen mittels Variation der Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) und Verlustquoten (LGD) der kreditrisikorelevanten Portfolien. Die nicht kreditrisikorelevanten Portfolien sowie die Beteiligungen werden jeweils mit festen Beträgen einbezogen. Auf die Einbeziehung der öffentlichen Darlehen (Treuhanddarlehen) wird verzichtet.

Im Rahmen der regelmäßigen Stresstests im Bereich Marktpreisrisiko wird das GuV-wirksame Zinsänderungsrisiko betrachtet. Es erfolgt zunächst auf Basis aktueller und geplanter Bestandsdaten eine Simulation des Zinsbuches für zukünftige Zeitpunkte. Darauf aufbauend werden in Abhängigkeit von möglichen Entwicklungen des Zinsniveaus zukünftig resultierende Zinsüberschüsse simuliert. Als GuV-wirksames Zinsänderungsrisiko wird die größte Differenz der simulierten Zinsüberschüsse zwischen dem Referenzszenario „konstante Zinsen“ und dem je Belastungsfall ungünstigsten Zinszenario herangezogen. Das Referenzszenario „konstante Zinsen“ wird grundsätzlich auf Basis aktueller Geldmarkt- und Swapsätze gebildet.

Das Optionsrisiko als Risiko aus der Ausübung impliziter Optionsrechte wird auf Basis der zum jeweiligen Stichtag im Zinsbuch befindlichen Optionsrechte modelliert. Vertragliche Sondertilgungsrechte fließen sofort ein, gesetzliche Kündigungs-

rechte erst zum Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens. Das Risiko besteht in Höhe der aufgrund der Ausübung der Optionsrechte entfallenden Zinserträge aus dem betroffenen Darlehensbestand abzüglich unterstellter Wiederanlageerträge am Kapitalmarkt.

Im Rahmen der regelmäßigen Stresstests werden die operationellen Risiken mit der aktuellen Schadenshöhe des laufenden Jahres gemäß Schadensfalldatenbank (gerundet auf volle Mio. €) in die Betrachtung bis zum GuV-Stichtag einbezogen. In der 12-Monats-Betrachtung (Normalbelastungsfall-Szenario) wird davon ausgegangen, dass dieser Wert wieder erreicht wird. Im Risikobelastungsfall-Szenario wird der aktuelle Wert mit 100% gestresst und ggf. um anlassbezogene Risikowerte erhöht. Im Extrembelastungsfall-Szenario werden operationelle Risiken mit ihrem Anrechnungsbetrag gemäß SolvV (Basisindikatoransatz) berücksichtigt.

Für das Geschäftsrisiko wird zu Beginn eines Jahres ein Risiko in Höhe von 15% des Planwertes (aufgerundet auf volle Mio. €) der volatilen Ertragskomponenten (Margenerlöse im Neu- und Zinsanpassungsgeschäft, variable Vergütungsvereinbarungen im Zuschussbereich) berücksichtigt. Sofern das Risiko nicht eintritt, wird die Limitauslastung in der Betrachtung für das laufende Jahr von zunächst 100% zeitanteilig reduziert. Die Reduzierung erfolgt durch Multiplikation des zum Jahresbeginn gültigen Risikowertes mit der Quadratwurzel der Relation des Zeitraumes der verbleibenden GuV-Periode zur Dauer der Gesamtperiode (Wurzel-t-Regel).

Für das Normalbelastungsfall-Szenario wird das Ursprungsrisiko zugrunde gelegt. Für die Risikobelastungsfall- und Extrembelastungsfall-Szenarien der 12-Monats-Betrachtung werden 30% bzw. 50% der volatilen Ertragskomponenten angesetzt. Ergänzende und inverse Stresstests werden für das Adressenausfallrisiko, die Zinsänderungsrisiken im Bereich der Marktpreisrisiken, die Liquiditätsrisiken sowie das Geschäftsrisiko durchgeführt.

8.5 Risikokonzentrationen

Im Förderkreditportfolio der Bank bestehen nennenswerte Risikokonzentrationen hinsichtlich der größtmöglichen Verteilung der Kredite. Diese sowie bran-

chenmäßige Risikokonzentrationen bestehen in Umsetzung des Förderauftrags insbesondere bei der Kundengruppe der sächsischen Wohnungsunternehmen. Die Konzentration geht die Bank im Rahmen der portfoliobezogenen Limite bewusst ein und trägt ihr neben der Einbeziehung aller Engagements in die Risikoklassifizierungsverfahren sowie Szenarioanalysen und Stresstests vor allem durch eine besondere Beobachtung des sächsischen Wohnungsmarktes und seiner wesentlichen Akteure Rechnung. Zudem werden die Risiken durch Stellung geeigneter Sicherheiten sowie durch die Bürgschaft des Freistaates Sachsen reduziert. Im Treasuryportfolio der Bank besteht bei dem um Staatsanleihen und Wertpapiere von Emittenten mit Anstaltslast oder Gewährträgerhaftung bereinigten Bestand eine nennenswerte Risikokonzentration einzelner Adressen. Drei Adressen bilden den wesentlichen Teil des risikobehafteten Treasuryvolumens. Besondere aus dieser Konzentration resultierende Risiken werden derzeit nicht gesehen.

Marktpreisrisiken

Die Marktpreisrisiken der SAB ergeben sich nahezu gänzlich aus der Konzentration des zinstragenden Geschäfts auf den Euroraum. Daher werden die Zinsänderungsrisiken der SAB ausschließlich von der Zinsentwicklung im Euroraum beeinflusst. Eine derartige geschäftsbedingte Risikokonzentration ist für ein regional tätiges Institut typisch. Durch die im Rahmen der Zinsbuchsteuerung bestehenden Risiko- und Abweichungslimite sowie die eingesetzten Instrumente ist die Bank

jedoch in der Lage, die Risikokonzentration auf ein bewusst gewähltes Maß zu begrenzen.

Liquiditätsrisiken

Konzentrationen bestehen bei den besonders liquiden Refinanzierungsquellen wie der Spitzenrefinanzierungsfazilität bei der EZB und sind daher tolerabel.

Operationelle Risiken

Aus den bislang erfassten Schadensfällen in der Schadensfall-Datenbank lassen sich keine Hinweise auf Risikokonzentrationen ableiten. Potenzielle Auswirkungen aus Risikokonzentrationen, die Liquidität oder GuV der Bank nennenswert belasten könnten, erwartet die Bank daher nicht.

Geschäftsrisiko

Es bestehen Ertragskonzentrationen aus einer Abhängigkeit von bereitgestellten Zuschussmitteln des Freistaates Sachsen und Zinseinnahmen aus dem Geschäft mit Krediten für sächsische Wohnimmobilien. Durch eine hohe Quote befristeter Arbeitsverträge ist die Bank zumindest teilweise in der Lage, die Auswirkungen eines Risikoeintritts kostenseitig abzufedern.

8.6 Risikosteuerung und -controlling

Eine Risikoart wird in der SAB als wesentlich eingestuft, wenn bei mindestens einer zugehörigen Risikokategorie die Risikobelastung im Rahmen der Risikoinventur mit über 1 Mio. € im Risikofall hinsichtlich der Ertrags- bzw. Vermögenslage

Risikokategorie	Wesentlichkeit
Adressenausfallrisiko	ja
Marktpreisrisiko	ja
Operationelles Risiko	ja
Liquiditätsrisiko	ja
Geschäftsrisiko	ja
Strategisches Risiko	keine Bewertung
Reputationsrisiko	keine Bewertung

oder mit 100 Mio. € hinsichtlich der Liquiditätslage bewertet wurde.

Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind hinsichtlich ihrer quantitativen Risikowirkung nicht eindeutig abgrenzbar, nicht abschätzbar und somit auch nicht limitierbar. Sie fließen vielmehr indirekt über die übrigen Risiken in die Risikobewertung ein.

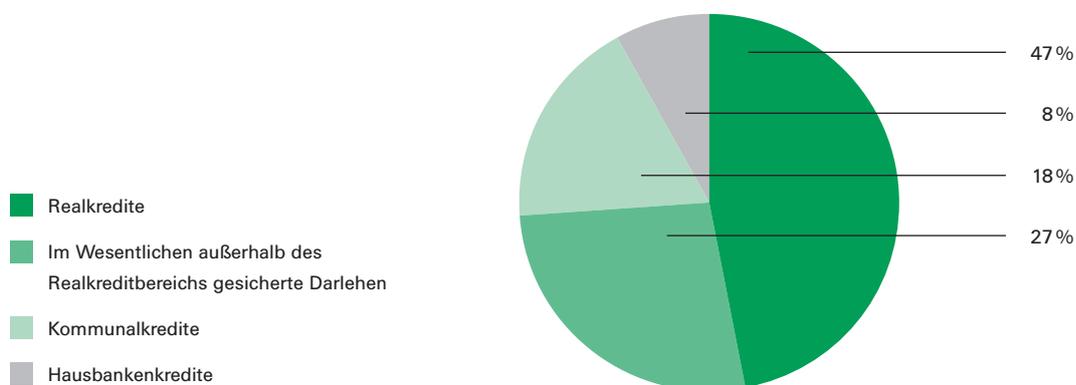
Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko beschreibt die Gefahr der Nichteinhaltung von vertraglichen Zahlungs-

verpflichtungen durch einen Vertragspartner. Es umfasst das Kredit-, das Emittenten-, das Kontrahenten-, das Beteiligungs- und das Länderrisiko. Kreditrisiko ist das Risiko, dass Vertragspartner ihren Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Höhe bzw. des Zeitpunktes nicht oder nur teilweise nachkommen. Es wird aufgrund des Förderauftrages der SAB für diese als wesentlich eingestuft.

Die Qualität des Kreditportfolios der SAB ist maßgeblich durch ihren Förderauftrag und durch die ihm zugrunde liegenden Förderprogramme geprägt.

Kreditqualität des Förderkreditportfolios

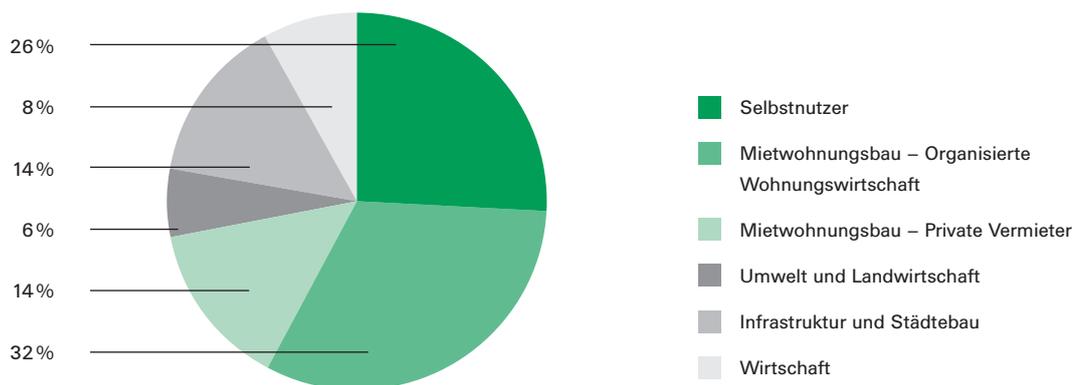


Der Förderauftrag der SAB ist auch ausschlaggebend für die Struktur des Kreditportfolios. Dadurch entstehen eine förderbedingte Konzentration auf das Immobiliengeschäft sowie eine sektorale und einzelkreditnehmerbezogene Konzentration. Das Volumen des Förderkreditportfolios ist leicht rückläufig. Die Forderungen aus dem Fördergeschäft betragen 6.072 Mio. €. Auf Kredite größer als 5 Mio. € entfallen 50% des Förderkreditportfolios. Aufgrund des hohen Anteils von privaten Baufinanzierungen besteht auch weiterhin ein großer Teil in Höhe von 33% des Portfolios aus Krediten bis 0,5 Mio. €. Das Teilportfolio Selbstnutzer umfasst 26% des gesamten Kreditportfolios der SAB und somit ein

Volumen von 1.613 Mio. €, verteilt auf ca. 21.500 Privatkunden. Es ist angesichts seines hohen Gesamtumfangs und nicht aufgrund der Einzelengagements risikorelevant.

Das Teilportfolio Organisierte Wohnungswirtschaft beinhaltet Kredite an Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen. Die Kredite wurden zum Zweck des Neu-, Um- und Ausbaus oder der Modernisierung von Mietwohnungen im Rahmen der jeweiligen Förderprogramme vergeben. Das Teilportfolio mit einem Volumen von 1.921 Mio. € ist insbesondere aufgrund seiner Größe sowie des vergleichsweise hohen Obligos bei einzelnen Kreditnehmern kreditrisikorelevant. Die Organisierte

Volumenverteilung des Förderkreditportfolios



Wohnungswirtschaft ist durch die erfolgten aufwandsseitigen Anpassungsmaßnahmen wirtschaftlich stabiler als noch vor wenigen Jahren. Die in den wachsenden Großstädten steigenden Mieten begünstigen bei den ansässigen Vermietern diese Entwicklung zusätzlich. Dies, verbunden mit dem seit einigen Jahren niedrigen Zinsniveau und einem sukzessive steigenden Tilgungsanteil in den Kapitaldiensten sowie der Altschuldenentlastung und den Städtebaufördermitteln, wird die Auswirkungen der erneuten Leerstandswelle auf die sächsische Wohnungswirtschaft, insbesondere auf das Kreditportfolio der SAB, deutlich mildern. Die Bank wird den für die Teilportfolios des Mietwohnungsbaus bedeutenden sächsischen Wohnungsmarkt weiter eng beobachten und dabei die absehbaren demografischen Veränderungen in Sachsen besonders berücksichtigen.

Das Teilportfolio Private Vermieter umfasst ein Volumen von 867 Mio. €. Bei den ca. 2.200 Kreditnehmern überwiegen die privaten Investoren. Dieses Portfolio ist aufgrund seines Umfangs, des betriebenen Individualgeschäfts sowie der teilweise schwierigen Marktbedingungen für die finanzierten (Sicherungs-) Objekte risikorelevant. Das Teilportfolio Umwelt und Landwirtschaft umfasst Förderdarlehen im Rahmen der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen und Klimaschutzmaßnahmen, Kommunalkredite sowie Förderdarlehen an die sächsische Landwirtschaft in Höhe

von insgesamt 351 Mio. €. Das gesamte Teilportfolio ist nach Art, Umfang und Komplexität derzeit als nicht risikorelevant einzustufen.

Das Teilportfolio Infrastruktur und Städtebau ist aufgrund seines hohen Anteils an Kommunalkrediten derzeit nicht risikorelevant. Die Forderungen aus dem Bereich Infrastruktur und Städtebau betragen im Berichtsjahr 857 Mio. €. Das Teilportfolio Wirtschaft umfasst Förderdarlehen im Hausbankenverfahren sowie Bürgschaften im Eigenobligo der Bank an Unternehmen der sächsischen Wirtschaft in Höhe von 463 Mio. € und ist nur in geringem Maße als risikorelevant einzustufen.

Das Emittentenrisiko beschreibt die Gefahr einer Bonitätsverschlechterung eines Emittenten von Wertpapieren bzw. Schuldscheindarlehen, die zu Preisabschlägen bei der Veräußerung einer Position führen kann, bis hin zu dessen vollständigem Ausfall, d.h. der Nichterfüllung der fälligen Zahlungsverpflichtungen. Hierunter fällt auch das Risiko eines Ausfalls von Tages- bzw. Termingeldern.

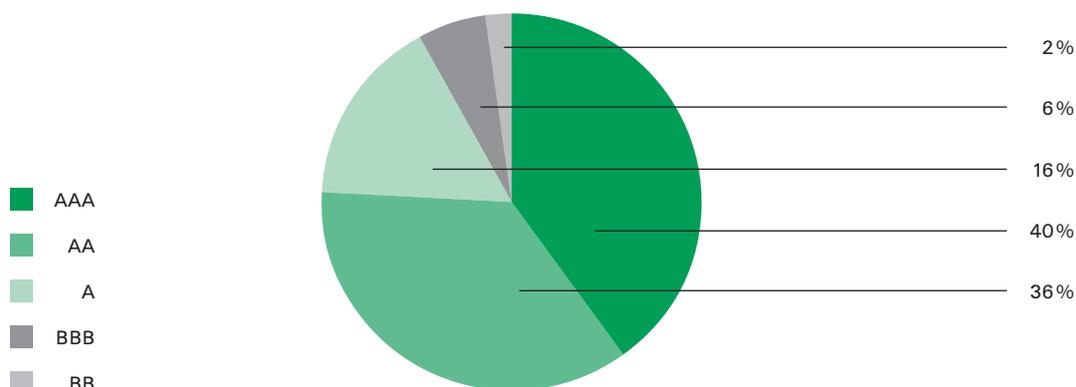
Die Treasuryaktivitäten der SAB umfassen neben kurzfristigen Geldanlagen Geschäfte mit verzinslichen Wertpapieren, Derivaten sowie Devisengeschäfte. Dabei werden ausschließlich fest- und variabelverzinsliche Euro-Wertpapiere erworben, auf den Kauf von strukturierten Wertpapieren wird verzichtet. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung an den Finanzmärkten sind und

werden hinsichtlich der durch die Risikostrategie vorgegebenen Bestimmungen ergänzend operative Festlegungen getroffen.

Das Wertpapiergeschäft der Bank dient dem Aufbau langfristiger Aktiva mit guter Kreditqualität, verbunden mit einer Risikodiversifikation. Dem Erwerb von Wertpapieren in den Anlagebestand liegt dabei der Buy-and-Hold-Ansatz zugrunde, der den Status der SAB als Nichthandelsbuchinstitut bestätigt. Dem folgt eine Bilanzierung nach dem gemilderten Niederstwert-

prinzip. Schwebende Verluste sind somit erst dann ertragswirksam, wenn eine dauerhafte Wertminderung angenommen werden muss. Die SAB verfolgt eine konservative Anlagestrategie. 40% des Wertpapierportfolios sind mit AAA-Adressen und weitere 36% mit AA-Adressen belegt. Bei den mit BBB und BB eingestuftem Wertpapieren erfolgte eine Verschlechterung der Einstufung jeweils nach Erwerb. Auf der Grundlage einer Risikoabwägung wurden hierfür Haltebeschlüsse getroffen.

Qualität des Wertpapierportfolios



Darüber hinaus hält die SAB Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen gegenüber inländischen öffentlichen Stellen in Höhe von 1.698 Mio. €, welche nach Solvabilitätsverordnung nicht mit Eigenkapital unterlegt werden müssen und nicht dem Wertpapierportfolio zugeordnet werden.

Das Kontrahentenrisiko beschreibt die Gefahr des Ausfalls von noch nicht bzw. nicht vollständig abgewickelten Handelsgeschäften eines ausfallenden Kontrahenten. Dieses Risiko wird als nicht wesentlich eingeschätzt. Die Kontrahenten der SAB müssen auf unbesicherter Basis grundsätzlich ein Mindestrating von AA- und auf besicherter Basis ein Mindestrating von A- aufweisen.

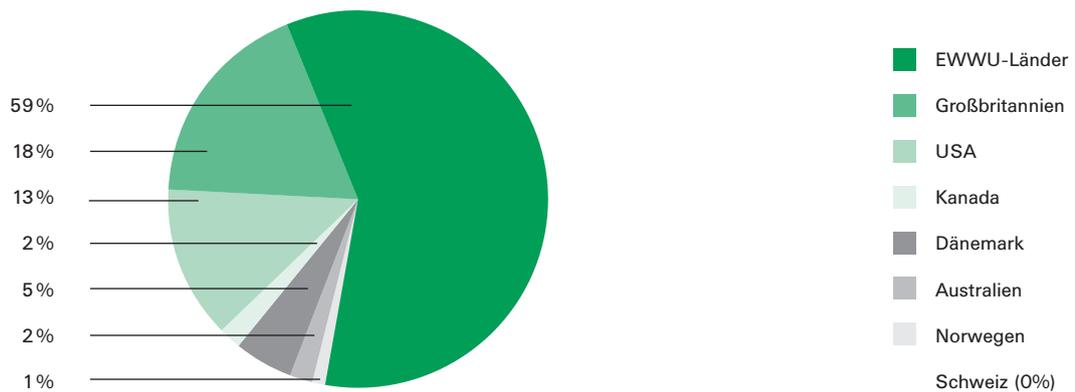
Das Beteiligungsrisiko beschreibt die Gefahr potenzieller Wertverluste aufgrund von Dividendenausfällen, Abschreibungen, Reserverückgängen oder

Veräußerungsverlusten. Die SAB geht Beteiligungen nur aus strategischen Erwägungen im Rahmen des Förderauftrages ein. Das Risiko wird als nicht wesentlich eingeschätzt.

Das Länderrisiko kann ein Kredit- oder Kontrahentenrisiko sein, welches nicht durch den Vertragspartner selbst, sondern aufgrund seines Sitzes besteht. Wirtschaftliche oder politische Einflussnahme des Landes kann die Zahlung des zahlungspflichtigen Vertragspartners beeinflussen. Da sich die Tätigkeit der SAB auf Sachsen beschränkt, ist das Länderrisiko innerhalb des Kreditrisikos kaum relevant.

Der Erwerb ausländischer Anleihen ist beschränkt. Gemäß den Rahmenbedingungen für das Betreiben von Handelsgeschäften der SAB handelt es sich vornehmlich um Risiken aus einzelnen EWWU-Ländern (Sitz des Schuldners/Konzernsitz):

Länderverteilung (Treasury) – Inanspruchnahme (Buchwerte / KÄB)



Der Anteil von Wertpapieren aus den EWWU-Ländern Italien, Spanien und Irland beträgt 33% am gesamten Auslandsportfolio, davon Italien und Spanien je 16% sowie Irland 1%.

Prozesse

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt einzel- und gesamtgeschäftsbezogen. Einzelgeschäftsbezogen bedeutet, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers sowie der Wert der Sicherheiten turnusmäßig und gegebenenfalls anlassbezogen überwacht und ausgewertet werden. Die gesamtgeschäftsbezogene Steuerung stellt auf die Instrumente zur Beobachtung und aktiven Einflussnahme auf Teilportfolien und das gesamte Kreditportfolio ab. Die Einbeziehung der Adressenausfallrisiken in das Risikomanagement erfolgt ertragsbezogen anhand der unterjährigen Entwicklung der Einzelwertberichtigungen sowie der Risikovorsorgeplanung.

Die Kreditausfallrisiken werden in Risikoklassifizierungsverfahren erfasst und hinsichtlich Volumen und Qualität bewertet. Dabei werden die Risikoklassifizierungssysteme regelmäßig im Rahmen von Backtestings überprüft. Jedes Teilportfolio wird dabei über spezifische Rating- und Scoringssysteme bewertet, überwacht und gesteuert. Je nach Förderbereich werden außerdem die Verteilung nach Regionen, Branchen und Größenklassen in das Risikomanagement einbezogen. Ferner

fließt in die Beurteilung von Wohnungsbauengagements eine regionalisierte Wohnungsmarktanalyse ein.

Zur Risikofrüherkennung werden die Risikoklassifizierungsverfahren mit kontenbezogenen Negativmerkmalen sowie Ausfallprognosen und Portfolioanalysen verknüpft. Die Erkenntnisse aus der Risikofrüherkennung werden für das Risikovor-sorgeprognosesystem genutzt. Basierend auf den Erfahrungen der letzten Jahre, den Ausfallprognosen sowie der unterjährigen Entwicklung der Risikovorsorge erstellt die SAB somit eine Prognose der notwendigen Risikovorsorge. Diese wird zur speziellen unterjährigen Steuerung und Quantifizierung der Kreditausfallrisiken verwendet. Daneben werden die in der Risikostrategie festgelegten portfoliobezogenen Limite regelmäßig überwacht. Darüber hinaus wird im Rahmen der inversen Stresstests die Auswirkung des Ausfalls der größten Kreditnehmer auf die Risikotragfähigkeit der Bank simuliert.

Das gesamte Kreditrisikoüberwachungs- und -steuerungsinstrumentarium fließt in ein Berichtswesen ein, das die dem Kreditportfolio immanenten Risiken transparent macht.

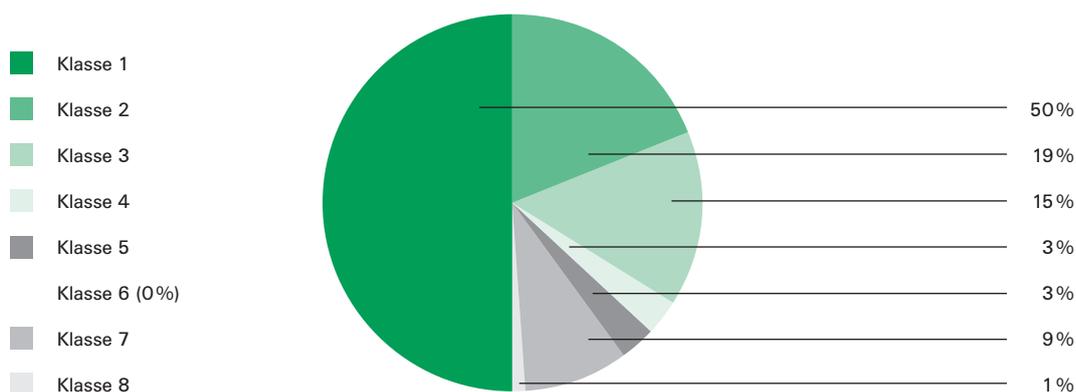
Risikoklassifizierungen

In der SAB werden für alle im Rahmen der Risikostrategie als risikorelevant definierten Teilbereiche geeignete und aussagekräftige Risikoklassifizierungsverfahren eingesetzt. Daneben werden in nicht

risikorelevanten Teilportfolien sowie in Bereichen mit untergeordneter Risikorelevanz vereinfachte Verfahren angewendet. Eine Umsetzung eines internen Ratingansatzes nach Basel II erfolgt derzeit nicht. Der Kreditbestand – ohne Mitarbeiterdarlehen – ist vollständig nach Adressenausfallrisiken klassifiziert. Zum Zwecke der portfolioübergreifenden Vergleichbarkeit der Adressenausfallrisiken werden die internen Risikoklassen auf eine einheitliche Skala angepasst. Den Risikoklassen sind Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Gegenwärtig wird ein Kreditbestand von 4,2 Mrd. € in die Risikoklassen 1 und 2 eingeordnet (70 % des Förderkreditportfolios). Ein Bestand von 0,6 Mrd. € ist den Risikoklassen 7 und 8 zugeordnet (10 % des Förderkreditportfolios). Die Risikoklassen 1 bis 6 ergeben sich rechnerisch aus der Anwendung der Risikoklassifizierungs-

verfahren. Kommunalkredite werden hierbei generell der Risikoklasse 1 zugeordnet. Die Risikoklassen 7 und 8 werden bei Vorliegen bestimmter Ausfallmerkmale manuell gesetzt. Die Risikoklasse 7 findet grundsätzlich auf alle Engagements Anwendung, für die Risikovorsorge erforderlich ist. Der Risikoklasse 7 hat die Bank auch alle Unternehmen der sächsischen Immobilienwirtschaft zugeordnet, die vorsorglich durch die Bürgschaft des Freistaates Sachsen abgesichert sind. Daneben stehen auch in den ausfallgefährdeten Risikoklassen grundsätzlich werthaltige Sicherheiten zur Verfügung, die bei einem etwaigen Ausfall verwertet werden. Im Folgenden werden die Anteile der Risikoklassen am klassifizierten Kreditbestand (Förderdarlehen sowie Bürgschaften im Eigenobligo der SAB, ohne Mitarbeiterdarlehen) dargestellt.

Anteil der Risikoklassen am klassifizierten Kreditbestand
(Risikoklassen nach IFD-Skala)



Risikovorsorge

Akuten Risiken trägt die SAB mit der Bildung von Wertberichtigungen Rechnung. Die SAB verfügt über entsprechende Regelungen für die Bildung, Erhöhung und Auflösung von Risikovorsorge für Adressenausfallrisiken.

Bei der Ermittlung der Höhe der zu bildenden Einzelwertberichtigung orientiert sich die SAB an

der jeweiligen Engagementstrategie (Abwicklung des Engagements oder Fortführung bzw. Sanierung, ggf. verbunden mit einem Forderungsverzicht). Für Engagements des Teilportfolios Organisierte Wohnungswirtschaft erfolgt in der Regel eine Sanierung.

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko beschreibt die Gefahr der Vermögenswertminderung aufgrund sich verändernder preisbildender Parameter.

Die SAB betreibt kein Eigenhandelsgeschäft. Die Bank ist ein Nichthandelsbuchinstitut gemäß § 2 Abs. 11 KWG und verfolgt bei Wertpapiergeschäften einen Buy-and-Hold-Ansatz. Aufgrund des Umfangs des Zinsbuches wird das Zinsänderungsrisiko für die SAB als wesentlich eingestuft.

Die bei der Bank bestehenden Marktpreisrisiken resultieren im Wesentlichen aus dem zinstragenden Geschäft. Wertpapiere werden dabei ausnahmslos durch entsprechende Sicherungsgeschäfte zinsänderungsrisikoneutral gestellt. Die Messung des Zinsänderungsrisikos erfolgt sowohl barwertig über den Value-at-Risk-Ansatz als auch ertragsorientiert. Der Value-at-Risk-Ansatz erfolgt unter Zugrundelegung vorgegebener Parameter (Konfidenzniveau 99,0%, Haltedauer 10 Tage) auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Modells. Zum Ende des Berichtsjahres war das Value-at-Risk-Limit von 38 Mio. € zu 46,8% ausgelastet. Auch GuV-bezogen wurden die Limite im Berichtsjahr stets eingehalten. Die Berücksichtigung extremer Marktsituationen erfolgt im Rahmen von Stresstests.

Die SAB betreibt eine benchmarkorientierte Zinsbuchsteuerung. Zudem wird die Auswirkung eines standardisierten Zinsschocks (+/- 200 Basispunkte) auf den Barwert des Zinsbuches ermittelt. Die ermittelten Werte lagen im gesamten Berichtsjahr deutlich unter der aufsichtsrechtlichen Schwelle von 20%.

Zur Steuerung der bestehenden Risiken setzt die Bank auch Derivate ein, welche ausschließlich zu Sicherungszwecken abgeschlossen werden.

Sonstige Marktpreisrisiken bestehen bei der SAB nur in sehr eingeschränktem Maße. Fremdwährungsgeschäfte werden grundsätzlich über Gegengeschäfte vollständig gesichert und die Beteiligung mit fünf Aktien am Europäischen Investitionsfonds (EIF) wurde wegen des strategischen Charakters im Beteiligungsrisiko erfasst. Immobilienpreisrisiken wurden im Hinblick auf den geringen Immobilienbestand ebenfalls als nicht wesentlich eingestuft.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit durch einen unerwartet frühen Ab- bzw. späten Zufluss von Zahlungsmitteln oder der fehlenden Möglichkeit der Zahlungsmittelbeschaffung. Zu den Liquiditätsrisiken gehören das Risiko unzureichender Marktliquidität, das Abruf- und Terminrisiko sowie das Refinanzierungsrisiko des Kreditinstituts, wonach die Bank ihren Zahlungsverpflichtungen betrags- und/oder fristgerecht nur mit einem erhöhten Refinanzierungsaufwand (Anstieg der Refinanzierungsspreads) nachkommen könnte, bis hin zur Gefahr der Zahlungsunfähigkeit. Die laufende Zahlungsfähigkeit der Bank wird über eine detaillierte und ständig aktualisierte Liquiditätsplanung gewährleistet. Diese beruht zum Großteil auf planbaren Größen, da die Geschäftsaktivitäten der SAB durch einen relativ kontinuierlichen Verlauf geprägt sind. Komplexe oder am Gesamtgeschäftsvolumen gemessen großvolumige Transaktionen mit unvorhersehbaren Liquiditätsabflüssen tätigt die Bank nicht. Hinzu kommt auch, dass die SAB kein Einlagengeschäft betreibt und weitestgehend Kongruenz zwischen den liquiditätsbezogenen Fristigkeiten besteht. Die Refinanzierung des Kreditgeschäfts erfolgt in der Regel auf Basis einer ganzheitlichen Betrachtung des Liquiditätsbedarfs.

Aufgrund der guten Bonität der SAB und vor dem Hintergrund von Anstaltslast, Gewährträgerhaftung und expliziter Garantie wurden der Bank bei Geschäftspartnern Geldhandelslinien und Refinanzierungslimite eingeräumt. Darüber hinaus wurden bei der EZB Wertpapiere und Kreditforderungen mit einem Beleihungswert in Höhe von 1,1 Mrd. € hinterlegt, sodass jederzeit auf die Spitzenrefinanzierungsfazilität der EZB ausgewichen werden kann.

Liquiditätsrisiken werden aufsichtsrechtlich als wesentlich, aber aufgrund der beschriebenen Situation durch die SAB als nicht erheblich eingestuft.

Die Bank verfügt dennoch über ein umfangreiches Instrumentarium, um Liquiditätsrisiken im Risikoccontrolling abzubilden. Auf dem Normalzustand sowie auf den Stresstests aufbauend erfolgt die quantitative Steuerung vorrangig über Liquiditätsdeckungsgrade und die Messung von Risiko-

Liquiditätsquellen der SAB	Liquiditätswirkung
Spitzenrefinanzierungsfazilität	sofort
Kontokorrentlinien bei Kreditinstituten	sofort
Wertpapiere im Liquiditätsbestand	ab 2 Tage
Globalrefinanzierungsverträge	4 Tage
Wertpapiere im Anlagebestand	ab 2 Tage
Schuldscheine	ab 2 Tage

konzentrationen. Qualitativ erfolgt eine Steuerung über die Begrenzung des Marktliquiditätsrisikos durch ausgewählte Anlageklassen. Darüber hinaus werden Beobachtungsindikatoren erhoben sowie mögliche Ertragswirkungen bei Änderung der Refinanzierungsspreads quantifiziert.

Die aufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung wurden sowohl quantitativ als auch qualitativ eingehalten. Die Liquiditätskennziffer bewegte sich im Berichtsjahr zwischen 1,61 und 3,15 (Vorjahr: 2,48 und 8,44) und betrug zum Stichtag 2,48.

Die Bank geht davon aus, dass sie den aus dem normalen Geschäftsverlauf resultierenden Refinanzierungsbedarf stets über Mittelaufnahmen bei anderen Förderinstituten sowie am Kapitalmarkt decken kann.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Das Rechtsrisiko ist in dieser Definition eingeschlossen. Strategische und Reputationsrisiken werden nicht betrachtet.

Die operationellen Risiken werden als wesentlich eingeschätzt.

Die Bank verfolgt grundsätzlich das Ziel der eigenverantwortlichen Steuerung der operationellen Risiken der Abteilungen. Hierzu zählt insbesondere die Sicherstellung angemessener abteilungsin-terner aufbau- und ablauforganisatorischer Regelungen. Ein hoher Stellenwert in Bezug auf Risikovermeidung und -minderung kommt der Schriftlich Fixierten Ordnung zu, die Regelungen zur

Sicherheit des Gebäudes, der Arbeitsplätze, der Prozesse sowie zum Gesundheitsschutz der Mitarbeiter enthält. Der Vorstand hat zur Steuerung operationeller Risiken im Kreditgeschäft Mindestkontrollen festgelegt. Des Weiteren gilt ein Datensicherungskonzept der Abteilung Informationstechnologie, welches dem Schutz vor Hardwareausfällen, der Wiederherstellung von Systemen mit ihren Daten im Katastrophenfall, dem Schutz der Systeme vor versehentlicher Datenlöschung und dem Schutz der Systeme vor versehentlichen Verarbeitungsfehlern dient. Von der Bank abgeschlossene Versicherungen dienen dem Risikotransfer.

Die SAB verfügt über eine umfassende Notfallplanung. Der Parallelbetrieb mehrerer Rechenzentren gewährt die IT-Sicherheit. Des Weiteren existieren diverse Kontrollmechanismen, Dokumentationspflichten, Standardisierungen sowie Zugangsbeschränkungen.

Die Abteilung Risikomanagement und Controlling erfasst, analysiert, systematisiert und bewertet eingetretene Risiken bankweit in einer Schadensfalldatenbank. Entscheidungen über Maßnahmen zur Risikosteuerung trifft der Vorstand, die Überwachung obliegt dem Risikocontrolling.

Risikokonzentrationen im Bereich der operationellen Risiken überwacht die Bank durch Beobachtung der Verteilung eingetretener Schadensfälle nach Anzahl und Schadenshöhe auf definierte Ereigniskategorien. Ziel ist die Vermeidung wesentlicher Häufungen von Schadensfällen in den definierten Ereigniskategorien.

Zur Meldung ist jeder Mitarbeiter verpflichtet. Durch die Leiter der Abteilungen Risikomanagement und Controlling sowie Organisation und Prozess-

gestaltung erfolgt regelmäßig eine Analyse der aufgezeichneten operationellen Risiken. Jährlich wird eine spezielle Risikoinventur für den Bereich der operationellen Risiken durchgeführt. Diese spezielle Risikoinventur dient der Erhebung von relevanten Risiken einschließlich der unternehmen Maßnahmen und implementierten Verfahren zur Schadensbegrenzung und -vermeidung. Sie entspricht einer qualitativ ausgerichteten Steuerung der operationellen Risiken mit einem vereinfachten prozessorientierten Steuerungsansatz. Die Verantwortung für die Durchführung liegt im Bereich Risikocontrolling.

Neben der auftragsgemäßen Abwicklung des Fördergeschäftes bildete das bankweite Projekt zur Erneuerung der DV-Unterstützung einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeit weiter Bereiche der Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr. Das Projekt wurde im 2. Halbjahr 2010 auf Basis einer von zwei im IT- und Förderbankensektor renommierten Beratungsgesellschaften erstellten Ausgangsanalyse und Alternativenbewertung initiiert, da in der DV-Landschaft des bisherigen Auslagerungsunternehmens gravierende Umstellungen mit erheblichen Auswirkungen auch auf die SAB bevorstanden.

Anfang 2011 wurden die entsprechenden Projektstrukturen eingerichtet und die Projektstätigkeit mit der Erarbeitung der konzeptionellen Grundlagen gestartet. Von Beginn an sind die beiden Beratungsgesellschaften als Projektpartner eingebunden sowie die interne Revision und eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft projektbegleitend prüfend und qualitätssichernd tätig. Auch der Jahresabschlussprüfer wird hinsichtlich fachlicher Fragestellungen und Bewertungen konsultiert, um die Qualität der zu schaffenden Lösung sicherzustellen.

Geplanter Umfang des Projektes ist die Trennung vom bisherigen Auslagerungsunternehmen unter Ablösung seiner bislang zur Verfügung gestellten DV-Systeme durch eine marktgängige Standardlösung für die benötigten Kernbanksysteme einschließlich notwendiger Zusatzprogrammierungen für Spezifika des SAB-Geschäftes. Außerdem ist die Nutzung und Weiterentwicklung der eigen erstellten Antragsbearbeitungsplattform ProSAB

sowie die weitgehend unveränderte Weiternutzung aller sonstigen in der Bank genutzten Umsysteme vorgesehen. Im Fokus steht darüber hinaus der Wechsel auf einen neuen IT-Dienstleister für das Hosting der eigenen DV-Systeme, da die SAB weiterhin kein eigenes Rechenzentrum für die genutzten Kernbanksysteme unterhalten wird, sowie das Insourcing der gegenwärtig vom Auslagerungsunternehmen übernommenen Tätigkeiten vor allem im Rechnungs- und Meldewesen. Im Verlauf des Projektes wurde sowohl wegen externer Einflüsse (z.B. Ablösung des bisher im Meldewesen genutzten Standardproduktes) als auch wegen erst im Projektverlauf gewonnener Erkenntnisse, insbesondere auch zum Grad der Standardisierung der neu zu installierenden Kernbanksysteme und deren technischer Kompatibilität zu den genutzten Umsystemen der Bank, eine erhebliche Ausweitung des Projektumfanges erforderlich. Im Ergebnis dessen sind nun grundsätzlich alle wesentlichen DV-Anwendungen direkt oder mittelbar von der Umstellung auf die neue DV-Umgebung betroffen. Insbesondere betrifft dies

- ▶ das Haupt- und Nebenbuch einschließlich der Passivbuchhaltung,
- ▶ die Konditionierung sowie den Zahlungsverkehr,
- ▶ das Meldewesen,
- ▶ die Verwaltung der Geschäftspartner,
- ▶ die Datenhaltung für Zwecke der Risikoberichterstattung sowie
- ▶ die Datengrundlagen zur Abwicklung und Nachweisführung des Fördergeschäftes.

Daneben umfasst das Projekt die Anpassung aller Schnittstellen zu den weiteren DV-Anwendungen, insbesondere der bankeinheitlich verwendeten Antragsbearbeitungsplattform.

Als Folge der notwendig gewordenen erheblichen Ausweitung des Projektumfanges ergeben sich auch neue, umfangreichere Testerfordernisse und insgesamt aufwändigere Bearbeitungs- und Abstimmungsprozesse sowohl innerhalb des Projektes als auch zwischen dem Projekt und den Fachabteilungen und Stabsbereichen der Bank. Die derart gestiegenen Anforderungen führten unter anderem dazu, dass die Bank den ursprüng-

lich auf ca. 2 Jahre festgelegten Zeitraum für die Durchführung des Projektes verlängert und Veränderungen in der Projektstruktur und -organisation vorgenommen hat.

Im Zeitraum von Dezember 2012 bis Februar 2013 wurde das Projekt wegen inzwischen erheblicher zeitlicher Verzögerungen bei der Erreichung definierter (Teil-) Ziele einem grundlegenden inhaltlichen und organisatorischen Review unter Einbindung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unterzogen. Im Ergebnis dieses Reviews hat die Bank die Projektlaufzeit auf nunmehr insgesamt ca. 3 Jahre verlängert. Es wurden entsprechende Veränderungen in der Organisation und Besetzung des Projektes einschließlich personeller Veränderungen in der Leitung des Projektes – sowohl auf Seiten der Bank als auch auf Seiten der am Projekt beteiligten externen Dienstleister – vorgenommen und noch engere Reporting- und Entscheidungsstrukturen bis auf Vorstandsebene eingerichtet. Das zur Verfügung gestellte Budget musste deutlich erhöht werden, es resultieren daraus jedoch keine Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit und Ausstattung der Bank mit haftendem Eigenkapital. Ein entsprechender Antrag wurde dem Verwaltungsrat der Bank in einer zu diesem Thema einberufenen Sondersitzung Mitte Februar 2013 vorgelegt, ausführlich erläutert und von diesem unter Auflagen zu einem entsprechenden Reporting genehmigt.

Damit werden im Rahmen des Projektes nunmehr die Monate September/Oktober 2013 als Zielzeitraum für die Ablösung der Systeme des bisherigen Dienstleisters durch die neue DV-Umgebung und das Insourcing der bislang ausgelagerten Prozesse verfolgt. Der mit dem bisherigen Auslagerungsunternehmen bestehende Dienstleistungsvertrag in der aktuell gültigen Fassung endet zum Ende November 2013. Für den Fall einer bis zu diesem Zeitpunkt nicht erfolgreichen Ablösung der Altsysteme besteht seitens des bisherigen Dienstleisters die schriftlich erklärte Bereitschaft, den Dienstleistungsvertrag im erforderlichen Umfang – einschließlich der Arbeiten zum Jahresabschluss 2013 – zunächst bis Ende Mai 2014 zu verlängern. Die dafür seitens der Bank in 2013 zu schaffenden technischen und fachlichen

Voraussetzungen wurden im Rahmen des Projektreviews berücksichtigt.

Geschäftsrisiko

Das Geschäftsrisiko ist in der SAB definiert als die Gefahr einer Unterschreitung des geplanten Kundengeschäftsergebnisses. Das Geschäftsrisiko resultiert sowohl aus den Abweichungen des tatsächlichen Konditionsbeitrages vom geplanten Konditionsbeitrag als auch aus der Nichterreichung geplanter Kundengeschäftsvolumina. Aufgrund des Status als Förderinstitut steht die SAB bei der Vergabe von Fördermitteln nicht im unmittelbaren Wettbewerb. Ein Risiko für das Neugeschäft besteht nur in geringem Umfang und resultiert im Wesentlichen aus dem Prolongations- bzw. Zinsanpassungsgeschäft sowie aus dem stark von Zuschüssen geprägten Förderneugeschäft der Bank.

9. Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem für den Rechnungslegungsprozess (IKS RL) der SAB stellt sicher, dass alle relevanten gesetzlichen und rechtlichen Standards und Vorschriften beachtet sowie die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung gewährleistet werden. Es umfasst insbesondere aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen mit klarer Abgrenzung der Verantwortungsbereiche sowie Prozesse, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen sowie externen Rechnungslegung. Das IKS RL soll Risiken minimieren und so verhindern, dass Abschlüsse aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns (Betrug) nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln. Die SAB bilanziert nach den Vorschriften des HGB und der RechKredV unter Berücksichtigung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Teile des Rechnungslegungsprozesses sind an die L-Bank ausgelagert, welche die bestandsführenden Systeme der SAB betreibt und Daten für den Abschluss zur Verfügung stellt. Die Verantwor-

tung für die Gestaltung und Weiterentwicklung des IKS RL obliegt dem Vorstand der SAB. Die Verantwortung für die Umsetzung des IKS RL trägt die Abteilung Rechnungswesen und Bilanzen. Der Rechnungslegungsprozess, welcher sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses umfasst, ist in einer Schriftlich Fixierten Ordnung in Form von Handbüchern und Arbeitsanweisungen niedergelegt. Die regelmäßige Überwachung und Anpassung an gesetzliche und regulatorische Änderungen erfolgt durch die Abteilung Rechnungswesen und Bilanzen. Bestimmte Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Rechnungslegung erfolgen in anderen Abteilungen:

- ▶ Die Abteilung Risikomanagement und Controlling ermittelt die Risikoversorgung und stellt alle relevanten Angaben zu Adressenausfall- und Marktrisiken zur Verfügung und überwacht die Treasuryaktivitäten.
- ▶ Die Abteilung Personal stellt die notwendigen Daten für die Berechnung der Pensions- und sonstigen Personalrückstellungen bereit.
- ▶ Die Abteilung Grundsatz und Recht steuert anhängige Gerichtsverfahren und beurteilt den Streitwert zur Ermittlung der Rückstellung für Prozesskosten.
- ▶ Die Abteilung Informationstechnologie unterstützt in Absprache mit der L-Bank den Prozess der Berechtigungsvergabe und der damit verbundenen Einhaltung der Kompetenzregelungen.

Für die Hauptbuchhaltung, die Festlegung von Kontierungsregeln und die Buchungssystematik ist die Abteilung Rechnungswesen und Bilanzen zuständig. Geschäftsvorfälle werden sowohl zentral durch die Abteilung Rechnungswesen und Bilanzen als auch dezentral in den Fachabteilungen erfasst. Die Fachabteilungen sind funktional und organisatorisch von den für Abwicklung, Überwachung und Kontrolle sowie Rechnungswesen verantwortlichen Bereichen getrennt. Die SAB setzt in der Finanzbuchhaltung Standardsoftware ein. Diese unterstützt den Schutz vor unbefugten Zugriffen durch die Vergabe kompetenzadäquater Berechtigungen, die Fehlervermeidung

durch Plausibilitätsprüfungen sowie die Fehlerentdeckung durch das Vier-Augen-Prinzip. Des Weiteren dienen systemimmanente Plausibilitätskontrollen, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche der Vollständigkeitskontrolle und der Fehlervermeidung bzw. Fehlerentdeckung. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Vorstand und der Verwaltungsrat regelmäßig von der Abteilung Rechnungswesen und Bilanzen sowie der Abteilung Risikomanagement und Controlling unterrichtet. Außerdem erfolgt eine zeitnahe Information bei besonderen Ereignissen.

Die Funktionsfähigkeit des IKS RL wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Innenrevision sowie durch externe Wirtschaftsprüfer überwacht.

10. Prognosebericht

Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen

Die konjunkturellen Perspektiven der deutschen Wirtschaft sind für 2013 verhalten positiv. Die deutsche Bundesregierung rechnet in ihrer Jahreswirtschaftsprognose mit einem Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes von 0,4%, sofern die Weltwirtschaft um 3,5% wächst und der Reformprozess im Euroraum ohne Schocks fortgesetzt werden kann. Die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt Deutschlands sowie die Lage der Staatsfinanzen befinden sich in einer robusten Grundkonstitution und sind auf Risiken, insbesondere aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage in einigen Euroländern sowie der anhaltenden Verunsicherung der Wirtschaftsteilnehmer, gut vorbereitet. Die Projektion der Wirtschaftsentwicklung ist für 2013 von einem höheren Maß an Unsicherheit gekennzeichnet. Demnach liegen insbesondere in einer schnellen Entspannung der Eurokrise und einem stärkeren Wachstum der Weltwirtschaft die Chancen einer besser als erwarteten Entwicklung. Ein erneutes Verschärfen der Eurokrise birgt demgegenüber ein erhebliches Wachstumsrisiko. Die Konjunktur in den östlichen Ländern der Bundesrepublik dürfte sich in 2013 gegenüber dem Vorjahr

etwas besser entwickeln. Aufgrund der Branchenstruktur sowie der rückläufigen und alternden Bevölkerungsentwicklung wird sich die gesamtwirtschaftliche Produktion positiv, aber gegenüber den westdeutschen Bundesländern etwas schwächer entwickeln. Die sächsische Wirtschaft wird sich gemäß der ifo-Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen auch 2013 positiv und entsprechend dem Wachstumspfad der gesamten Volkswirtschaft entwickeln. Maßgeblicher Treiber dieser Prognose ist das verarbeitende Gewerbe, welches aufgrund des erwarteten Anstiegs der Auslandsnachfrage und der Ausrüstungsinvestitionen sowie weiteren Produktivitätsgewinnen mit 3,3% expandieren dürfte. Der sächsische Arbeitsmarkt wird sich auch 2013 positiv entwickeln. Obwohl das Potenzial der erwerbsfähigen Personen aufgrund der demografischen Trends deutlich sinkt, wird die Zahl der Erwerbstätigen auf hohem Niveau stagnieren. Die Arbeitslosenquote wird auch 2013 zurückgehen, wobei das Niveau der Arbeitslosen- sowie Langzeitarbeitslosenquote weiterhin deutlich über dem vergleichbarer Regionen der Bundesrepublik liegt. Der demografische Trend des Bevölkerungsrückgangs wird sich im Freistaat Sachsen trotz eines positiven inländischen Wanderungssaldos fortsetzen. Der bundesweit zu beobachtende Trend eines gegenüber dem EU-Ausland positiven Wanderungssaldos wirkt sich in Sachsen nur auf die drei Großstädte aus. Die unterschiedlichen Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzchancen führen gemäß Statistischem Landesamt Sachsen darüber hinaus zu einer anhaltenden Binnenwanderung innerhalb des Freistaates, bei der die Gemeinden mit unter 50.000 Einwohnern auch Einwohner an die sächsischen Großstädte und deren Umland verlieren. Die Städte Dresden und Leipzig werden mittelfristig leicht wachsen. Die Entwicklung der sächsischen Wohnungsmärkte wird zukünftig durch den steigenden Sterbeüberschuss von zunehmendem Leerstand geprägt sein. Der Ballungsraum Dresden bildet hierbei aufgrund des positiven Wanderungssaldos sowie des Geburtenüberschusses eine Ausnahme. Selbst mit einer Weiterführung des geförderten Rückbaus auf bisherigem Niveau kann die Leer-

standsquote im gesamten Freistaat Sachsen von 11,2% (2010) bestenfalls gehalten werden.

Fördertätigkeit

Dem Freistaat Sachsen wird in der Förderperiode 2014 bis 2020 ein geringerer Finanzierungsumfang aus den europäischen Strukturfonds zur Verfügung stehen. Daher engagiert sich die Bank weiterhin für die verstärkte Anwendung neuer Förderinstrumente. Besondere Bedeutung hat dabei die Entwicklung von aus den Strukturfondsmitteln finanzierten, rückzahlbaren Finanzierungsinstrumenten.

Im Bereich Wohnungsbau unterstützt die SAB die kommunale, genossenschaftliche und private Wohnungswirtschaft sowie private Bauherren. Im Laufe des Jahres 2013 wird das Programm „Mehrgenerationenwohnen“ für die Förderung von Maßnahmen des barrierefreien Bauens mit neuen Förderinhalten zur Verfügung stehen. Damit soll der demografischen Entwicklung in Sachsen gefolgt werden, die zu einem zunehmenden Bedarf an barrierefreien, seniorengerechten Wohnkonzepten führen wird.

Die Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen an bestehenden innerstädtischen Wohngebäuden wird 2013 durch die Ausreichung von zinsvergünstigten Darlehen fortgesetzt. Mit Zuschüssen für die technische und wirtschaftliche Baubereitung und -betreuung werden die Eigentümer von Wohnraum sowie Bauherren weiterhin unterstützt.

Im Bereich Infrastruktur wird die SAB auch in 2013 Kommunen, kommunale Zweckverbände und kommunale Unternehmen sowie soziale, wissenschaftliche, schulische und kulturelle Einrichtungen unterstützen. Die Programme der Städtebauförderung werden in 2013 auf hohem Niveau fortgeführt werden können. Die Finanzierungsmittel, die für den Stadtentwicklungsfonds Sachsen zur Verfügung standen, sind ausgeschöpft, sodass dieses Förderangebot 2013 nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

Bei der Förderung des Schulhausbaus erwartet die SAB im Zusammenhang mit dem durch die demografische Entwicklung bedingten hohen Investitionsbedarf ein hohes Antragsaufkommen.

Die Mittelausstattung für die investive Sportstättenförderung wurde für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 aufgestockt, sodass hier mit steigenden Bewilligungsvolumina zu rechnen ist.

Auch in 2013 prüft die SAB, ob sie ihre Zusammenarbeit mit der KfW vertiefen kann. Im Durchleitungsgeschäft wird angestrebt, die bereits bestehende Kooperation bei den Energieeffizienzprogrammen um eine gemeinsame Finanzierung kommunaler Infrastrukturmaßnahmen zu erweitern.

Bei der Förderung des Mittelstands bleibt die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) das wichtigste Instrument, mit dem gewerbliche Investitionen in Sachsen gefördert werden. Gemeinsam bezuschussen die Europäische Union, die Bundesrepublik Deutschland und der Freistaat Sachsen Investitionsvorhaben. Vom 1. Januar 2014 an werden für GRW-Zuschuss- und die GRW-Nachrangdarlehensangebote neue Regionalleitlinien gelten. Die Leitlinien definieren die Förderhöchstsätze und grundlegende Regeln, die in den EU-Mitgliedstaaten bei der Unternehmensförderung gelten müssen. Es wird mit einer Absenkung der Förderhöchstsätze gerechnet. In Erwartung künftig verschärfter Förderbestimmungen ist es nicht unwahrscheinlich, dass viele mittelständische Kunden ihre Investitionsprojekte vorziehen werden. Im Bereich Technologie rechnet die SAB in 2013 insbesondere bei der Verbundprojektentwicklung mit einer hohen Nachfrage. Weniger stark dürfte sich die Inanspruchnahme der Förderangebote „Einzelbetriebliche FuE-Projektförderung“ und „Technologietransfer“ entwickeln.

2013 wird die SAB im Rahmen des Landesbürgerschaftsprogramms des Freistaates Sachsen auch die Bearbeitung der Bürgerschaftsfälle zwischen 2,5 und 10 Mio. € übernehmen.

In der Umwelt- und Landwirtschaftsförderung rechnet die SAB auch für 2013 mit einem großen Interesse an der finanziellen Unterstützung, die das Energie- und Klimaschutzprogramm des Freistaates Sachsen (EuK) für vielfältige Umweltschutzmaßnahmen bietet. Die Förderung der Installation von Pelletheizkesseln wurde in 2012 abgeschlossen und wird in 2013 nicht mehr fortgeführt.

2012 wurde das SAB-Vorfinanzierungsdarlehen für Zuschüsse nach der Richtlinie „Natürliches Erbe“ in das Produktportfolio der Umwelt- und Landwirtschaftsförderung aufgenommen. Dieses Darlehen wird auch in 2013 der Vorfinanzierung von Projekten des Natur- und Artenschutzes dienen.

Die SAB wird in 2013 die unter dem Programmnamen „SAB-Investitionsdarlehen für Landwirtschaft und Umwelt“ erfolgreich platzierten Förderangebote „Wachstum“, „Nachhaltigkeit“, „Wachstum und Wettbewerb“ sowie „Energie vom Land“ fortführen. Die Bank bietet dazu auf der Basis der Darlehensbedingungen der Landwirtschaftlichen Rentenbank eine Zinsvergünstigung an. Im Rahmen der aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanzierten Arbeitsmarktprogramme des Freistaates Sachsen werden die für die Förderperiode 2007–2013 zur Verfügung stehenden Mittel in 2013 vollständig gebunden sein.

Aufgrund der anhaltend geringen Gründungsaktivitäten im kleingewerblichen Bereich und der niedrigen Kapitalmarktzinsen bei den KfW-Programmen ist von einer anhaltend niedrigen Nachfrage nach Mikrodarlehen auszugehen. Zur Sicherstellung eines dauerhaften Angebots an Kleinkrediten wird die Aufstockung des ESF-Mikrodarlehensfonds in 2013 vorbereitet.

Angaben in Mio. €	2013	2014
Zinsergebnis	77,9	76,7
Provisionsergebnis	51,7	40,2
Ordentliche Aufwendungen	123,6	94,6
- Personalaufwand	66,8	60,4
- Sachaufwand (inkl. Absetzung für Abnutzung)	56,8	34,2
Sonstiges Ergebnis	1,8	1,4
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	7,8	23,7

Ertrags- und Finanzlage

Die Erlösplanung berücksichtigt nur Programme, für die bereits ein Auftrag des Freistaates Sachsen vorliegt oder kurz vor dem Abschluss steht. Die Bank plant für das Geschäftsjahr 2013 mit einem Betriebsergebnis von 7,8 Mio. € und für das Geschäftsjahr 2014 mit einem Betriebsergebnis von 23,7 Mio. € – jeweils vor Risikovorsorge.

Das Betriebsergebnis 2013 wird durch Kostenerhöhungen im Projekt „Erneuerung der DV-Unterstützung“ und der damit in Zusammenhang stehenden Verlängerung des Dienstleistungsvertrages mit der L-Bank sowie erhöhten Personalkosten aus den notwendigen Arbeiten zur Beendigung der Förderperiode 2007–2013 beeinflusst.

Das Zinsergebnis wird weiter durch die anhaltende, historische Niedrigzinsphase negativ beeinflusst. Der Anstieg der geplanten Sachaufwendungen ist hauptsächlich auf das bankinterne Projekt „Erneuerung der DV-Unterstützung“ zurückzuführen.

Neben dem Einmalaufwand aus dem Projekt plant die Bank auch eine Anpassung der Kapazitäten, die dem erwarteten Rückgang im Provisionsgeschäft entspricht. Mittelfristig prognostiziert die Bank deutlich rückläufige Verwaltungskosten.

Die SAB wird ihre Anlagestrategie „Sicherheit geht vor Ertrag“ weiterführen.

Die Rahmenbedingungen für die SAB werden durch das Ende der laufenden Strukturfondsperiode 2007–2013 sowie die einsetzenden Vorbereitungen für die neue Strukturfondsperiode 2014–2020, verbunden mit der Erwartung mittelfristig zurück-

gehender Fördermittel, geprägt. Aufgrund der hieraus resultierenden Unsicherheiten kann eine Mittelfristplanung lediglich Tendenzen einer Entwicklung aufzeigen, die sich bei einem weitgehend unveränderten Umfeld einstellen würde.

Die Geschäftsleitung erwartet, dass das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge mittelfristig oberhalb einer Grenze von 20 Mio. € liegen wird.

Wir danken unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit im Geschäftsjahr 2012 sowie insbesondere für das hohe Engagement im Rahmen des Projektes zur „Erneuerung der DV-Infrastruktur“. Darüber hinaus gilt unser Dank den Mitgliedern des Personalrates für die vertrauensvolle und konstruktive Begleitung der betrieblichen Entscheidungen. Unseren Kunden und Geschäftspartnern danken wir für das entgegengebrachte Vertrauen und die gute Zusammenarbeit.

Dresden, 1. März 2013

Stefan Weber
Andre Koberg
Ronald Kothe

Bericht des Verwaltungsrates 2012

Im Rahmen seiner gesetz- und satzungsmäßigen Aufgaben hat der Verwaltungsrat insbesondere die Tätigkeit der Geschäftsführung überwacht. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat und seine Mitglieder im mündlichen und schriftlichen Kontakt laufend über die wesentlichen Vorgänge der Bank informiert.

Der Verwaltungsrat trat am 26. März 2012, 25. Juni 2012, 24. September 2012 und 10. Dezember 2012 zu ordentlichen Sitzungen zusammen.

Im Kreditausschuss des Verwaltungsrates wurden Beschlüsse über Organkredite sowie über weitere in seine Zuständigkeit fallende Kreditengagements getroffen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 wurden durch die zum Abschlussprüfer bestellte Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Dem Verwaltungsrat wurden der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht durch den Vorstand vorgelegt. Nach eigener Prüfung der Vorlagen stellt der Verwaltungsrat den Jahresabschluss fest.

Der Verwaltungsrat beschließt, den Jahresüberschuss von 1.068 T€ in Höhe von 20 % (214 T€) in die satzungsmäßigen Rücklagen und in Höhe von 80 % (854 T€) in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Der Verwaltungsrat
Prof. Dr. Georg Unland
Vorsitzender

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012

Aktiva

Aktiva	€	€	€ Vorjahr	T€
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		25.051,39		21
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		47.480,89	72.532,28	14.232
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank	€ 47.480,89			
Vorjahr	T€ 14.232			
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		147.225.151,42		564.796
b) andere Forderungen		1.077.308.537,29	1.224.533.688,71	980.606
4. Forderungen an Kunden				
			6.300.065.215,84	6.614.282
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	€ 2.873.811.109,47			
Vorjahr	T€ 2.930.778			
Kommunalkredite	€ 2.316.176.200,24			
Vorjahr	T€ 2.378.478			
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		230.159.751,56		170.163
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	€ 230.159.751,56			
Vorjahr	T€ 170.163			
bb) von anderen Emittenten		801.080.263,56	1.031.240.015,12	880.667
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	€ 781.615.399,58			
Vorjahr	T€ 870.347			

Aktiva	€	€	€ Vorjahr	T€
7. Beteiligungen			1.589.871,68	1.590
darunter:				
an Kreditinstituten	€ 1.589.871,68			
Vorjahr	T€ 1.590			
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			110.000,00	110
9. Treuhandvermögen			263.788.658,92	211.817
darunter:				
Treuhandkredite	€ 253.826.612,22			
Vorjahr	T€ 211.817			
11. Immaterielle Anlagewerte				
darunter:				
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		5.631.073,00	5.631.073,00	3.088
12. Sachanlagen			31.737.148,71	30.384
14. Sonstige Vermögensgegenstände			1.190.586,38	2.822
15. Rechnungsabgrenzungsposten			12.079.330,47	15.370
Summe der Aktiva			8.872.038.121,11	9.489.948

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012

Passiva

Passiva	€	€	€	Vorjahr	T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig		164.801.955,06			97.626
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5.888.071.257,75	6.052.873.212,81		6.389.586
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		655.959.583,34			929.816
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		994.542.510,57	1.650.502.093,91		923.316
4. Treuhandverbindlichkeiten			263.788.658,92		211.817
darunter:					
Treuhandkredite	€ 253.826.612,22				
Vorjahr	T€ 211.817				
5. Sonstige Verbindlichkeiten			12.390.910,23		8.902
6. Rechnungsabgrenzungsposten			119.682.190,17		115.667
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		9.531.000,00			9.667
b) Steuerrückstellungen		0,00			0
c) andere Rückstellungen		9.699.275,82	19.230.275,82		11.046
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			129.990.226,24		129.993

Passiva	€	€	€	Vorjahr	T€
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			60.000.000,00		60.000
12. Eigenkapital					
a) eingefordertes Kapital: gezeichnetes Kapital	500.000.000,00				540.000
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	0,00	500.000.000,00			
b) Kapitalrücklage		3.357.193,81			3.357
c) Gewinnrücklagen					
cc) satzungsmäßige Rücklagen	13.586.922,48				13.373
cd) andere Gewinnrücklagen	46.636.436,72	60.223.359,20			45.782
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust		0,00	563.580.553,01		0
Summe der Passiva			8.872.038.121,11		9.489.948

	€	€	€	Vorjahr	T€
1. Eventualverbindlichkeiten					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			38.985.641,30		39.752
2. Andere Verpflichtungen					
c) unwiderrufliche Kreditzusagen			429.783.798,15		344.248

Dresden, 31. Dezember 2012 / 1. März 2013

Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Weber
Koberg
Kothe

Gewinn- und Verlustrechnung 1. Januar bis 31. Dezember 2012
Aufwendungen und Erträge

	€	€	€	Vorjahr	T€
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		284.518.841,89			312.077
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>11.620.210,84</u>	296.139.052,73		<u>17.554</u>
2. Zinsaufwendungen			-210.111.710,80		-250.858
3. Laufende Erträge aus					
b) Beteiligungen		0,00	0,00		5
5. Provisionserträge			30.045.234,21		56.414
6. Provisionsaufwendungen			-29.769,48		-24
8. Sonstige betriebliche Erträge			22.789.919,65		15.290
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	-48.880.413,29				-43.666
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter für Altersversorgung: € -1.013.764,72 (Vj. T€ -2.488)	<u>-9.994.447,31</u>	-58.874.860,60			-10.505
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>-32.173.348,43</u>	-91.048.209,03		-24.468
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			-5.691.935,32		-4.188
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			-2.068.980,20		-9.435
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-39.798.981,26		0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00		3.803

	€	€	€	Vorjahr	T€
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-3.000,00		-759
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			850.584,86		168
18. Zuführungen zum bzw. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken i.S.d. §340g HGB			0,00		-60.000
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1.072.205,36		1.408
20. Außerordentliche Erträge		0,00	0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00	0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00		0
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>-4.188,00</u>	-4.188,00		-3
27. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			1.068.017,36		1.405
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
c) in satzungsmäßige Rücklagen		213.603,47			281
d) in andere Gewinnrücklagen		<u>854.413,89</u>	<u>1.068.017,36</u>		1.124
34. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			0,00		0

Dresden, 31. Dezember 2012 / 1. März 2013

Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Weber
Koberg
Kothe

1. Vorbemerkung

Mit Wirkung vom 7. Mai 1996 erhielt die Sächsische Aufbaubank die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften im Sinne des § 1 Abs. 1 Nrn. 1–5 und 7–9 KWG. Sie nahm am 1. Juni 1996 ihren Geschäftsbetrieb auf. Das Betriebsanwesen befindet sich im Eigentum der Bank.

Die Sächsische Aufbaubank GmbH ist mit In-Kraft-Treten des „Gesetzes zur Errichtung der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –“ (FöRdbankG) am 12. Juli 2003 in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt worden. Der Freistaat Sachsen ist alleiniger Anteilseigner. Das Stammkapital von 500 Mio. € ist voll eingezahlt.

Die Bank erfüllt als zentrales Förderinstitut des Freistaates Sachsen die ihr durch §§ 2 und 3 FöRdbankG übertragenen Aufgaben. Die Geschäftstätigkeit umfasst insbesondere die Gewährung und Verwaltung von Darlehen, Zuschüssen und sonstigen Finanzierungshilfen sowie Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen auf den Gebieten Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktförderung, Technologieförderung, Wohnungs-, Städtebau- und Infrastrukturförderung, Landwirtschafts- sowie Umweltschutzförderung. Die Bank betreibt keine Wettbewerbsgeschäfte.

Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde wegen untergeordneter Bedeutung der Tochterunternehmen (SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, Sächsisches Staatsweingut GmbH sowie Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH) und deren Beteiligungen gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Die SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH ist ein nachgeordnetes Unternehmen im Sinne von § 10a Abs. 2 KWG.

2. Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Förderbankgesetzes und des Aktiengesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) erstellt. Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt gemäß

den Formblättern der RechKredV. Zusätzlich zu den im Formblatt 3 gemäß § 2 Abs. 1 RechKredV vorgeschriebenen Ausweispositionen wird die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken als gesonderte Position gemäß § 340g Abs. 2 HGB gezeigt.

3. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten wurde nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB vorgenommen. Die speziellen Regelungen des § 340e HGB für Kreditinstitute sind beachtet worden.

Die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute werden grundsätzlich zum Nennwert zuzüglich der Zinsabgrenzung ausgewiesen. Soweit Unterschiedsbeträge zwischen Nenn- und Auszahlungsbeträgen bestehen, die Zinscharakter haben, sind diese unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgeführt und werden planmäßig über die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer aufgelöst. Bearbeitungsgebühren werden sofort vereinnahmt. Angekaufte Forderungen werden mit ihrem Nominalwert angesetzt, abzüglich eines Korrekturpostens in Höhe der Differenz zu den Anschaffungskosten.

Den Kredit- und sonstigen Risiken wurde durch Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Für latente Kreditrisiken in der Eigentumsförderung bestehen pauschale Einzelwertberichtigungen.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgte in Anlehnung an das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. Januar 1994. Sie ergibt sich aus dem Durchschnittswert des risikobehafteten Kreditvolumens der fünf vorangehenden Bilanzstichtage und dem Durchschnittswert des tatsächlichen Forderungsausfalls der fünf vorangehenden Wirtschaftsjahre. Die in die Bürgschaft des Freistaates Sachsen einbezogenen Engagements wurden dabei wie einzelwertberichtigte Engagements behandelt.

Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sind von den Forderungen abgesetzt worden.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Bei über pari erworbenen Wertpapieren wird das Aufgeld entsprechend der Laufzeit zuläs-

ten des Zinsertrages aufgelöst. Abschreibungen auf Wertpapiere werden entsprechend der Risikostrategie nur bei dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen für dauernde Wertminderungen, bilanziert.

Treuhandforderungen und -verbindlichkeiten werden grundsätzlich zum Nennwert ausgewiesen. Rückforderungen aus Zuschüssen sowie die zugehörigen Verbindlichkeiten gegenüber dem Freistaat werden 2012 erstmalig dem Treuhandbereich zugeordnet. Die bilanzielle Bewertung dieser Forderungen erfolgt zum beizulegenden Wert.

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, ausgewiesen.

Bei Gegenständen des Anlagevermögens werden planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer vorgenommen. Die Abschreibung für die beweglichen und abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens erfolgt linear. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung. Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 150 € bis 1.000 € liegen, wird ein Sammelposten gebildet, der über 5 Jahre aufgelöst wird. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten unter 150 € liegen, werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind mit ihrem Anschaffungswert berücksichtigt. Die Grundstücke und Gebäude des Umlaufvermögens sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sowie die nachrangigen Verbindlichkeiten und sonstigen Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen zuzüglich der Zinsabgrenzung passiviert. Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Aufnahme- und Rückzahlungsbetrag werden unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig über die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt. Im Jahr 1997 wurde die Unterstützungskasse der Sächsischen Aufbaubank GmbH e.V. gegründet.

Diese gewährleistet die Versorgungsleistungen an die Pensionsempfänger der SAB. Für die noch auf die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – entfallenden mittelbaren Pensionsverpflichtungen wird eine Rückstellung gebildet (2012: 9.531 T€). Als biometrische Rechnungsgrundlage zur Ermittlung des Rückstellungsbedarfes wurden die „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Die Verpflichtungen wurden nach der Projected-Unit-Credit-Methode ermittelt. Rückstellungen für Altersteilzeit (Blockmodell) erfolgten in Höhe von 3.099 T€. Folgende Annahmen lagen der Bewertung zugrunde:

	31.12.2012	31.12.2011
Rechnungszinssatz p.a.	5,06 %	5,14 %
Gehaltstrend p.a.	2,50 %	3,00 %
Beitragsbemessungsgrenze-Trend p.a.	2,50 %	3,00 %
Rententrend p.a.	1,75 %	1,75 %
Fluktuation p.a.	0,00 %	0,00 %

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um erkennbare Verpflichtungen angemessen zu berücksichtigen. Die Rechnungsabgrenzungen wurden in angemessener Weise vorgenommen. Die Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit den von der Deutschen Bundesbank vorgegebenen Zinssätzen abgezinst. Die Eventualverbindlichkeiten werden in Höhe des verbürgten Betrages abzüglich der gebildeten Rückstellungen ausgewiesen. Anteilige Zinsen aus Zinsswaps werden periodengerecht abgegrenzt. Der Ausweis erfolgt unter den Positionen „Forderungen an“ und „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ (oder Kunden). Die Erfolge aus Zinsderivaten werden im Zinsergebnis der Bank dargestellt. Die Erträge aus Währungsderivaten werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Die Barwerte der kalkulierten Aufwendungen für zinsverbilligt gewährte Förderdarlehen des Freistaates Sachsen werden als Bestandteil der passiven Rechnungsabgrenzungsposten zu den Zinstermi-
nen der Refinanzierungsdarlehen zugunsten des Zinsertrages reduziert.

Im Rahmen der Programme „Förderung der kommunalen Infrastruktur“ und „Meisterdarlehen“ gewährt die SAB auch eigene Zinsverbilligungen. Der Aufwand für Zinsverbilligungsmittel wird im Zinsaufwand abgebildet. Nach Inanspruchnahme reduzieren die Barwerte für Zinsverbilligungen die Forderungen an Kunden und werden zu den Zinstermi-
nen zugunsten des Zinsertrages reduziert. Beim Ausweis der Risikovorsorge hat die SAB von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f HGB Gebrauch gemacht.

4. Bilanzierung von Sicherungsgeschäften/ Derivatives Geschäft

Die SAB schließt Derivate ausschließlich zur Absicherung von Zinsänderungs- und Währungsrisiken ab. Der Marktwert der Derivate wird mittels Barwertrechnung ermittelt. Hierzu werden die zukünftigen Zahlungsströme entsprechend der aktuellen Zinskurve abgezinst.

Devisentermingeschäfte dienen ausschließlich zur Absicherung von Währungsrisiken. Zum Stichtag 31. Dezember 2012 existiert ein Bestand in Höhe von nominal 49.043 T€.

Zur Absicherung von Zinsänderungs- und Währungsrisiken werden Zins- und Währungsswaps abgeschlossen. Hierbei wird zwischen Mikro- und Makroswaps unterschieden.

Mikroswaps dienen der Absicherung von Risiken aus Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Refinanzierungen. Die SAB macht für die Mikroswaps vom Wahlrecht des § 254 HGB zur Bildung von Bewertungseinheiten Gebrauch. Die Darstellung der Bewertungseinheit erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“, bei der sich ausgleichende Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko in der Bilanz und in der GuV zunächst unberücksichtigt bleiben.

Bezüglich der Eignung zur Reduzierung von Zinsänderungsrisiken wird jede Bewertungseinheit

mithilfe der Critical-Term-Match-Methode geprüft. Entscheidende Kriterien hierbei sind die Übereinstimmung von Laufzeit, Nominalbetrag, Währung, Zinstermi-
nen und Festzinssätzen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft. Da die wertbestimmenden Faktoren von Grund- und Sicherungsgeschäft übereinstimmen, gleichen sich Wertänderungen aufgrund von Zinsänderungen prospektiv und retrospektiv für die Laufzeit aus. Nicht übereinstimmende Wertkomponenten, die sich z.B. aus Bonitäts-
gesichtspunkten ergeben, werden nicht in die Bewertungseinheit einbezogen. Zum 31. Dezember 2012 hält die SAB Mikroswaps im Volumen von nominal 1.701.952 T€ mit einem Barwert von -64.438 T€.

Makroswaps dienen der Absicherung von Zinsänderungsrisiken des gesamten Zinsbuches. Die Makroswaps werden hinsichtlich ihrer Zinskomponente nicht jeweils isoliert unter Anwendung des Imparitätsprinzips, sondern gemeinsam mit den Aktivgeschäften und anderen finanziellen Vermögensgegenständen des Bankbuches unter Berücksichtigung der Refinanzierungsmittel bewertet (siehe Punkt 5). Aus diesen Sicherungsgeschäften existiert ein Bestand an Zinsswaps in Höhe von nominal 2.635.000 T€ mit einem Barwert von -358.098 T€.

Das Nominalvolumen aller abgeschlossenen derivativen Geschäfte betrug zum Bilanzstichtag 4.386.000 T€. Alle Geschäfte wurden ausschließlich zur Sicherung von Positionen des Bankbuchs getätigt (siehe auch S. 54 bis 55 Derivatives Geschäft).

5. Verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuches

Die SAB prüft jährlich, ob sich zukünftig ein Verpflichtungsüberschuss aus dem Geschäft mit zinsbezogenen bilanziellen und außerbilanziellen Finanzinstrumenten für das Zinsbuch insgesamt ergibt. Die Berechnung erfolgt GuV-bezogen auf der Grundlage der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung: „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs)“ (IDW RS BFA 3). Zum 31. Dezember 2012 droht der SAB kein Verlust.

6. KWG-Grundsätze

Die Bank hat die Eigenmittelanforderungen nach SolV während des gesamten Jahres eingehalten. Die Liquiditätskennzahl wurde stets erfüllt.

7. Fristengliederung ausgewählter Bilanzposten der Aktiv- und Passivseite nach Restlaufzeiten

Nach § 9 RechKredV erfolgt nachstehende Gliederung von ausgewählten Posten und Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten:

Andere Forderungen an Kreditinstitute	2012 T€	2011 T€
Bis 3 Monate	6.738	9.926
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	295.695	51.731
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	214.833	456.210
Mehr als 5 Jahre	560.043	462.739
Summe	1.077.309	980.606

Forderungen an Kunden	2012 T€	2011 T€
Bis 3 Monate	162.827	194.511
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	385.841	226.069
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.823.765	2.049.542
Mehr als 5 Jahre	3.927.632	4.144.160
Summe	6.300.065	6.614.282

In den Forderungen an Kunden sind keine Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2012 T €	2011 T €
Bis 3 Monate	233.254	314.109
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	792.150	342.776
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.179.063	3.951.023
Mehr als 5 Jahre	1.683.604	1.781.678
Summe	5.888.071	6.389.586

Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2012 T €	2011 T €
Bis 3 Monate	116.790	18.816
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.252	55.000
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	57.000	55.000
Mehr als 5 Jahre	817.500	794.500
Summe	994.542	923.316

8. Erläuterungen zu einzelnen Bilanzpositionen

Forderungen an Kunden	2012	2011
	T €	T €
Forderungen an Gesellschafter	1.108.437	1.185.695
Forderungen an verbundene Unternehmen darunter: nachrangig	2.493 0	5.717 0
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	52.842	60.331
Nachrangige Forderungen	6.758	6.758

Schuldverschreibungen

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2012	2011
	T€	T€
Von öffentlichen Emittenten	230.160	170.163
Bis 3 Monate	20.843	0
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	23.017	0
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	171.124	154.987
Mehr als 5 Jahre	15.176	15.176
Von anderen Emittenten	801.080	880.667
Bis 3 Monate	27.478	73.951
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	149.224	39.659
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	525.019	648.946
Mehr als 5 Jahre	99.359	118.111
Summe	1.031.240	1.050.830

Die Wertpapiere der SAB sind börsenfähig und in Höhe von 1.031.240 T€ börsennotiert. Alle Wertpapiere sind dem Anlagebestand zugeordnet. Bei Wertpapieren, die nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet wurden, liegen keine nachhaltigen Bonitätsverschlechterungen vor, die auf eine dauerhafte Wertminderung hinweisen. Auch bei den Anleihen hochverschuldeter Staaten des Euroraums wird wegen des Europäischen Finanzstabilitätsmechanismus und der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität von keiner dauerhaften Wertminderung ausgegangen. Aufgrund der Halteabsicht bis zur Endfälligkeit werden kurzfristige marktpreisbedingte Wertschwankungen nicht berücksichtigt. Die zum Bilanzstichtag vorhandenen stillen Lasten betragen 5.618 T€.

Beteiligungen

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – besitzt folgende Anteile an anderen Unternehmen in Höhe von mindestens 20%:

Beteiligungen in T€	Stamm- kapital	Beteiligungs- quote SAB	Eigenkapital per 31.12.2011	Ergebnis 2011
SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, Dresden	110	100%	17.469	192
Sächsisches Staatsweingut GmbH, Radebeul	25	100%	24.536	-490
Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH, Dresden	25	100%	145	13
Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH, Dresden	25	49%	1.228	-1.814

Die Beteiligungen und verbundenen Unternehmen der SAB sind nicht börsennotiert. Bei Beteiligungen des Anlagevermögens, die bei vorsichtiger Betrachtung einer dauerhaften Wertminderung unterliegen könnten, werden Abschreibungen zum strengen Niederstwert vorgenommen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich im Wesentlichen um ein Grundstück und Gebäude im Umlaufvermögen mit einem Buchwert von 807 T€ sowie Forderungen aus Widerspruchsbescheiden in Höhe von 193 T€.

Treuhandvermögen	2012 T€	2011 T€
Treuhandforderungen an KI	21.842	13.369
Treuhandforderungen an Kunden	241.947	198.448
Treuhandforderungen	263.789	211.817

Sonstige Vermögensgegenstände	2012 T€	2011 T€
Sonstige Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	0
Sonstige Forderungen gegen Unter- nehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	3	2

Anlagevermögen

Einzelheiten sind aus dem Anlagespiegel (S. 52 bis 53) ersichtlich. Die für betriebliche Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude haben einen Bilanzwert in Höhe von 27.461 T€.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2012 T€	2011 T€
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	504.296	928.377
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	115	107
Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen	0	0

Treuhandverbindlichkeiten	2012	2011
	T€	T€
Treuhandverbindlichkeiten gegenüber KI	0	0
Treuhandverbindlichkeiten gegenüber Kunden	263.789	211.817
Summe	263.789	211.817

Sonstige Verbindlichkeiten	2012	2011
	T€	T€
Steuerverbindlichkeiten	1.594	1.362
Lieferantenverpflichtungen	1.594	2.883
Devisenausgleich	9.051	4.346
Andere Verbindlichkeiten	152	311
Summe	12.391	8.902

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 11 T€.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	2012	2011
	T€	T€
Vorausbezahlte Gehälter	2.311	2.653
Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und höherem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	9.042	11.239
Sonstige Aufwandsabgrenzungen	723	789
Derivate (Einmalzahlung Swap)	3	689
Summe	12.079	15.370

Passive Rechnungsabgrenzungsposten	2012	2011
	T€	T€
Von Dritten im Voraus erhaltene Zinsverbilligungsmittel	75.840	87.895
Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und höherem Nennbetrag von Forderungen	218	326
Sonstige Ertragsabgrenzungen	43.380	27.041
Derivate (Einmalzahlung Swap)	244	405
Summe	119.682	115.667

Rückstellungen	2012	2011
	T€	T€
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	9.531	9.667
▶ für Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften	1.753	1.816
▶ für Altersteilzeitverpflichtungen	3.099	2.858
▶ für Prozesskosten	1.374	1.392
▶ für Zinsverbilligungen	0	1.950
▶ für sonstige Verpflichtungen	3.473	3.030
Andere Rückstellungen	9.699	11.046
Rückstellungen gesamt	19.230	20.713

Eigenkapital in T€	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklage	Bilanz- gewinn	Gesamt
Eigenkapital zum 01.01.2010	310.000	3.357	56.044	0	369.401
Jahresüberschuss 01.01. bis 31.12.2010				241.706	241.706
Einstellung in die Rücklagen			241.706	-241.706	0
Eigenkapital zum 31.12.2010/01.01.2011	310.000	3.357	297.750	0	611.107
Erhöhung Stammkapital aus Rücklagen	240.000		-240.000		0
Rückzahlung Einlage stiller Gesellschafter	-10.000				-10.000
Jahresüberschuss 01.01. bis 31.12.2011				1.405	1.405
Einstellung in die Rücklagen			1.405	-1.405	0
Eigenkapital zum 31.12.2011/01.01.2012	540.000	3.357	59.155	0	602.512
Rückzahlung Einlage stiller Gesellschafter	-40.000				-40.000
Jahresüberschuss 01.01. bis 31.12.2012				1.068	1.068
Einstellung in die Rücklagen			1.068	-1.068	0
Eigenkapital zum 31.12.2012	500.000	3.357	60.223	0	563.580

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Eventualverbindlichkeiten	2012 T€	2011 T€
Bürgschaften für Gewerbe- förderung	35.812	36.604
Bürgschaften für Wohnungsbau	4.927	4.964
Rückstellungen für Bürgschafts- verbindlichkeiten	-1.753	-1.816
Summe	38.986	39.752

Bei den Eventualverbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Bürgschaften für Kunden zur Absicherung von Krediten der Hausbanken der Kunden. Sofern die Kunden ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, ist mit einer teilweisen Inanspruchnahme in den Folgejahren zu rechnen, die aber das bisherige Niveau der Inanspruchnahmen voraussichtlich nicht übersteigen wird. Die

bestehenden Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind in Höhe von 31.786 T€ durch Rückbürgschaften des Freistaates Sachsen gesichert.

Unwiderrufliche Kreditzusagen	2012 T€	2011 T€
Kreditnehmerbezogene Zusagen ohne erfasste Konditionierung z.B. bei Ablösung anderer Banken	207.829	116.717
Zusagen mit konkretem Programmbezug	221.955	227.531
Summe	429.784	344.248

Eine Inanspruchnahme aus den gegebenen Kreditzusagen ist aufgrund des Bezugs zum Fördergeschäft der SAB sehr wahrscheinlich.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen ergeben sich aus Einzahlungsverpflichtungen für ausstehende, bisher nicht eingeforderte Einlagen auf das gezeichnete Kapital im Beteiligungsbereich sowie durch vertragliche Vereinbarungen mit einer Restlaufzeit von 3 bis 48 Monaten:

Sonstige finanzielle Verpflichtungen	2012 T€	2011 T€
Ausstehende, bisher nicht eingeforderte Einlagen auf das gezeichnete Kapital	4.000	4.000
Verpflichtungen aus längerfristigen Verträgen	3.520	4.685
Verpflichtungen aus Mietverträgen	898	1.601
Summe	8.418	10.286

9. Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsergebnis	2012 T€	2011 T€
Zinserträge	296.139	329.631
▶ aus Darlehensforderungen	276.798	299.645
▶ aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen	11.620	17.554
▶ aus Geldanlagen	1.793	1.215
▶ zinsähnliche Erträge	5.928	11.217
Zinsaufwendungen	210.112	250.858
▶ aus Refinanzierungen	203.814	243.316
davon aus:		
nachrangigen Verbindlichkeiten	5.367	5.877
▶ aus sonstigen Verbindlichkeiten	6.298	7.542
Zinsergebnis	86.027	78.773

Das Zinsergebnis wurde zu weit über 90% in Deutschland erwirtschaftet. Insbesondere die Erträge aus Darlehensforderungen, die Aufwendungen zur Refinanzierung sowie die sonstigen Beiträge zum Zinsergebnis entstehen durch das Fördergeschäft der SAB nahezu ausschließlich in Deutschland. Im Wertpapierbereich werden weit über die Hälfte der Erträge ebenfalls mit Anleihen aus Deutschland erwirtschaftet. Andere Zinserträge aus festverzinslichen Anleihen und Schuldverschreibungen kommen weitestgehend aus dem europäischen Wirtschaftsraum.

Laufende Erträge

Die SAB weist in diesem Jahr keine laufenden Erträge aus (Vorjahr: 5 T€)

Provisionsergebnis	2012 T€	2011 T€
Provisionserträge	30.045	56.414
▶ Verwaltungskostenbeiträge	26.394	51.856
▶ Erträge aus Treuhandgeschäft	39	43
▶ Erträge aus treuhänderisch verwalteten Fonds	3.241	4.098
▶ sonstige Provisionserträge	371	417
Provisionsaufwendungen	30	24
▶ sonstiger Provisionsaufwand	30	24
Provisionsergebnis	30.015	56.390

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	2012 T€	2011 T€
a) Personalaufwand	58.875	54.171
b) Andere Verwaltungsaufwendungen	32.173	24.468
▶ Aufwand Leiharbeitnehmer	4.855	4.356
▶ Dienstleistungen L-Bank – Förderbank	4.999	4.823
▶ Gebäudeaufwendungen	3.710	3.493
▶ Beratungs- und Prüfungskosten	11.500	5.323
▶ Aufwendungen EDV und Wartung	2.939	2.290
▶ sonstige	4.170	4.183
Summe	91.048	78.639

Effekte aus Abzinsung

Durch Abzinsung von Rückstellungsbeträgen ergaben sich folgende GuV-relevanten Effekte:

Effekte aus Abzinsung	2012 T€	2011 T€
Rückstellung für Prozesskosten (sonstiger betrieblicher Aufwand)	-38	-148
Rückstellung für Bürgschaften (Zinsertrag)	94	3

10. Sonstige Angaben

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Zur Besicherung von Krediten wurden per 31. Dezember 2012 Wertpapiere in Höhe von nominal 484.436 T€ der Deutschen Bundesbank verpfändet und Schuldscheindarlehen in Höhe von nominal 1.085.000 T€ der Deutschen Bundesbank abgetreten. Des Weiteren wurden zur Besicherung von außerbörslich gehandelten Derivaten Barwerte in einem Volumen von 61.200 T€ übertragen, die als Sicherheit beim Kontrahenten hinterlegt wurden.

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen

In den Provisionserträgen sind 3,3 Mio. € (Vorjahr: 4,1 Mio. €) aus der treuhänderischen Verwaltung von Darlehen und Zuschüssen für den Freistaat Sachsen enthalten.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt nominal 127.000 T€ übersteigen folgende Schuldscheindarlehen 10% des Gesamtbetrages:

25.000 T€	Verzinsung 5,85 %
	Laufzeit bis 02.01.2017
15.000 T€	Verzinsung 3,66 %
	Laufzeit bis 06.10.2023

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung sowie eine Umwandlungsmöglichkeit in eine andere Schuldform sind nicht gegeben. Die Darlehensbedingungen entsprechen den Anforderungen gemäß § 10 Abs. 5a KWG. Die Darlehen sind in den Jahren 2017 bis 2026 endfällig.

Stille Einlagen

Die stillen Einlagen (Vorjahr: 40.000 T€) wurden 2012 komplett zurückgezahlt. Zum Bilanzstichtag hält die SAB somit keine stillen Einlagen mehr.

Fremdwährung

Fremdwährungsverbindlichkeiten bestanden im Gegenwert von 215.363 T€. Diese sind durch außerbilanzielle Geschäfte gegen Währungsrisiken gesichert. Die Bewertung erfolgte gemäß § 340h HGB mit dem Referenzkurs der Europäischen Zentralbank am Bilanzstichtag. Das Ergebnis aus De-

visengeschäften in Höhe von 14 T€ wurde im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen.

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Geschäfte zu nicht marktüblichen Bedingungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen wurden nicht getätigt.

Honorar für den Abschlussprüfer

Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012 berechnete Gesamthonorar in Höhe von 554.385,00 € gliedert sich wie folgt:

a) Abschlussprüfungsleistungen	233.600,00 €
b) Andere Bestätigungsleistungen	3.000,00 €
c) Sonstige Leistungen	317.785,00 €

Angaben zur Steuerpflicht

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – ist aufgrund ihrer Förderaufgaben von Ertragsteuern befreit.

11. Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Die Bank beschäftigte ohne Vorstand und Auszubildende im Jahresdurchschnitt 936 tariflich und 114 außertariflich bezahlte Mitarbeiter (insgesamt somit 1.050).

12. Gesamtbezüge und Darlehen der Organe

Die Gesamtbezüge des Vorstandes, ohne Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, im Geschäftsjahr 2012 betragen 831,9 T€. An Mitglieder des Verwaltungsrates wurden 10,7 T€ gezahlt.

Durch die SAB gewährte Darlehen an Mitglieder des Vorstandes/Verwaltungsrates bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von 415 T€. Die Kredite sind marktgerecht verzinst und haben Restlaufzeiten von 2019 bis 2052.

Es bestehen Pensionsverpflichtungen für frühere Mitglieder des Vorstandes in Höhe von 2.327 T€, die teilweise durch entsprechende Vermögensgegenstände der Unterstützungskasse rückgedeckt sind. Hierfür wurden angemessene Rückstellungen gebildet. Bezüglich der laufenden Bezüge nimmt die SAB die Ausnahmeregelung des § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch.

13. Organe der Bank

Vorstand

Stefan Weber
Vorsitzender des Vorstandes

Ronald Kothe
Mitglied des Vorstandes

Andre Koberg
stellv. Mitglied des Vorstandes

Verwaltungsrat

Prof. Dr. Georg Unland
Vorsitzender
Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
Staatsminister
Dresden

Sven Morlok
stellvertretender Vorsitzender
Sächsisches Staatsministerium für
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Staatsminister
Dresden

Christian Brand
Landeskreditbank Baden-Württemberg
– Förderbank
Vorsitzender des Vorstandes
Karlsruhe

Lars Rohwer
Mitglied des
Sächsischen Landtages
Dresden

Bodo Finger
Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V.
Präsident
Dresden

Dietmar Berger (ab 17.01.2012 Mitglied, vorher stellvertretendes Mitglied)
Mitteldeutscher Genossenschaftsverband
(Raiffeisen/Schulze-Delitzsch) e.V.
Präsident a.D.
Chemnitz

Christiane Heerdegen
Arbeitnehmervertreterin
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellte
Dresden

Katrin Zilliges
Arbeitnehmervertreterin
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellte
Dresden

Olaf Mundt
Arbeitnehmervertreter
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden

Stellvertretende Mitglieder

Frank Kupfer
Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und
Landwirtschaft
Staatsminister
Dresden

Hartmut Fiedler
Sächsisches Staatsministerium für
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Staatssekretär
Dresden

Dr. Karl Epple (ab 07.12.2012)
Landeskreditbank Baden-Württemberg
– Förderbank
Mitglied des Vorstandes
Karlsruhe

Sebastian Scheel
Mitglied des
Sächsischen Landtages
Dresden

Roland Ermer
Sächsischer Handwerkstag
Präsident
Dresden

Jürgen Hägele (bis 23.11.2012)
Landeskreditbank Baden-Württemberg
– Förderbank
stellv. Vorsitzender des Vorstandes
Karlsruhe

Wolfgang Zender (ab 17.01.2012)
Ostdeutscher Sparkassenverband
Verbandsgeschäftsführer
Berlin

Thomas Frömmel
Arbeitnehmervertreter
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden

Lars Köhler
Arbeitnehmervertreter
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden

Bernd Diethold
Arbeitnehmervertreter
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden

14. Mandate

Stefan Weber, Vorsitzender des Vorstandes, übt folgendes Mandat aus:

- ▶ Mitglied des Aufsichtsrates der Sächsischen Energieagentur – SAENA GmbH, Dresden

Ronald Kothe, Mitglied des Vorstandes, übt folgendes Mandat aus:

- ▶ stellv. Mitglied des Aufsichtsrates der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH, Dresden

Andre Koberg, stellv. Mitglied des Vorstandes, übt folgende Mandate aus:

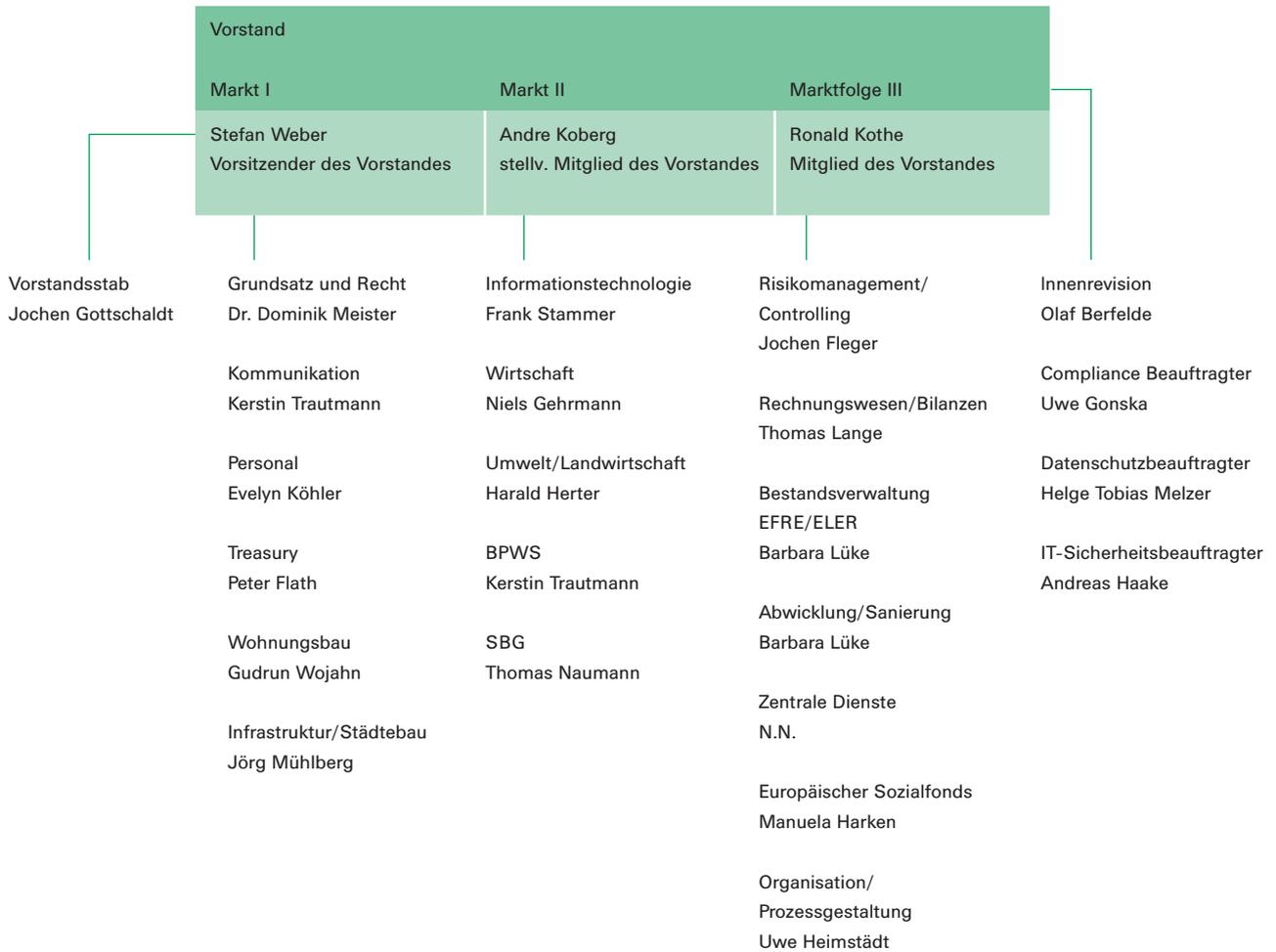
- ▶ Mitglied des Aufsichtsrates der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH, Dresden
- ▶ stellv. Mitglied des Aufsichtsrates der Sächsischen Energieagentur – SAENA GmbH, Dresden (seit 11. Juni 2012)

15. Verwendung des Jahresüberschusses

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2012 von 1.068.017,36 € in Höhe von 213.603,47 € in die satzungsmäßigen Rücklagen und in Höhe von 854.413,89 € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Dresden, 1. März 2013

Stefan Weber
Andre Koberg
Ronald Kothe



Anlagespiegel

	Anschaffungskosten				Abschreibungen	
	Stand 01.01.2012 T€	Um- buchungen T€	Zugänge T€	Abgänge T€	Stand 31.12.2012 T€	Stand 01.01.2012 T€
I. Finanzanlagen						
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wert- papiere (ohne HB)	1.039.282	0	102.474	120.694	1.021.062	0
Beteiligungen	4.087	0	0	0	4.087	2.497
Anteile an verbundenen Unternehmen	7.731	0	0	0	7.731	7.621
Summe Finanzanlagen	1.051.100	0	102.474	120.694	1.032.880	10.118
II. Immaterielle Anlagewerte						
Immaterielle Anlagewerte	13.571	0	4.781	28	18.324	10.483
III. Sachanlagen						
Grundstücke und Gebäude	43.626	71	3.421	0	47.118	17.851
Anlagen im Bau	71	-71	0	0	0	0
Betriebs- und Geschäfts- ausstattungen	13.736	0	1.071	391	14.416	10.456
Kunstgegenstände	66	0	4	0	70	0
Geringwertige Wirtschafts- güter	2.370	0	367	211	2.526	1.178
Summe Sachanlagen	59.869	0	4.863	602	64.130	29.485
Gesamt	1.124.540	0	112.118	121.324	1.115.334	50.086

				Kumulierte Auflösung	Zuschrei- bungen	Buchwerte	
Um- buchungen	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2012	Agio		Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2011
T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
0	0	0	0	1.491	17	1.019.588	1.037.931
0	0	0	2.497	0	0	1.590	1.590
0	0	0	7.621	0	0	110	110
0	0	0	10.118	1.491	17	1.021.288	1.039.631
0	2.221	11	12.693	0	0	5.631	3.088
0	1.806	0	19.657	0	0	27.461	25.775
0	0	0	0	0	0	0	71
0	1.160	352	11.263	0	0	3.153	3.280
0	0	0	0	0	0	70	66
0	505	211	1.473	0	0	1.053	1.192
0	3.471	563	32.393	0	0	31.737	30.384
0	5.692	574	55.204	1.491	17	1.058.656	1.073.103

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	Vorjahr	Berichtsjahr	Berichtsjahr	Berichtsjahr
Banken in der OECD	4.452	4.266	53	-467
Banken außerhalb der OECD	0	0	0	0
Öffentliche Stellen in der OECD	0	120	0	-9
Sonstige Kontrahenten*	0	0	0	0
Gesamt	4.452	4.386	53	-476

* inkl. Börsenkontrakte

Derivative Geschäfte – Fristengliederung

Nominalwerte in Mio. €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	Vorjahr	Berichtsjahr	Vorjahr	Berichtsjahr	Vorjahr	Berichtsjahr
Restlaufzeiten						
Bis 3 Monate	70	90	49	49	0	0
Bis 1 Jahr	250	214	0	0	0	0
Bis 5 Jahre	2.477	2.533	175	175	0	0
Über 5 Jahre	1.431	1.325	0	0	0	0
Insgesamt	4.228	4.162	224	224	0	0

Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	Vorjahr	Berichtsjahr	Berichtsjahr	Berichtsjahr
Zinsrisiken				
Zinsswaps	4.228	4.162	50	-464
Zinsrisiken gesamt	4.228	4.162	50	-464
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte, -swaps	49	49	0	0
Währungs-, Zinswährungsswaps	175	175	3	-12
Währungsrisiken gesamt	224	224	3	-12

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Jahresbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –, Dresden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des FöfdbankG und der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die

Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –, Dresden, den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des FöfdbankG und der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 1. März 2013
Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Grüneberg
Wirtschaftsprüfer

Borgwardt
Wirtschaftsprüfer

Herausgeber

Sächsische Aufbaubank
– Förderbank –
Pirnaische Straße 9
01069 Dresden
Tel. 0351 4910-0
Fax 0351 4910-4000
www.sab.sachsen.de

Redaktion

Sächsische Aufbaubank
– Förderbank –

Konzept und Gestaltung

Wild
Beratung & Kommunikation

Produktion

Druckerei Thieme Meißen
GmbH